

Tagesgespräch.

Herzlich den Kopf dir nicht zu sehr,
Herzlich den Willen, das ist mehr!
Cicero.

Deutscher Reichstag.

Vienabstimmung am Mittwoch, den 4. Februar 1914.
Am Bundesratssitzung: Dr. Brüder.
Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 11.18 Uhr mit folgenden Worten: Nach der Begrüßung der heutigen Sitzung muß ich Ihnen leider eine unerwartete Mitteilung machen. Die beiden Kollegen Kappel und Cich (Hr.) sind heute morgen in der Nähe ihrer Wohnung von einem Kraftfahrzeug angefahren und zu Boden geschleudert worden. Beide sind dabei verletzt und in das St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht worden. Auf meine telephonische Anfrage habe ich erfahren, daß das Befinden des Herrn Kollegen Kappel verhältnismäßig gut, dagegen das des Herrn Kollegen Cich weniger günstig sei. Ich glaube, in Ihrer aller Namen zu wünschen, daß die Mitglieder beiden sich erholen, wenn ich beiden Herren baldige Besserherstellung und Genesung wünsche (Hilffrisches Bravo!).
Die zweite Beratung des

Staats des Reichsrechts des Innern

wird fortgesetzt (11. Tag), und zwar mit der Besprechung der bei der Generaldebatte zurückgestellten Resolutionen des Bundesrats, der Voten und der Sozialdemokraten, welche das Vereinsrecht betreffen.
Hr. Dr. v. Kossowski (Vot.): Der Sprachensatz ist ein politisches Ausnahmefach gegen die Voten. Wir verlangen gleiches Recht für alle und fordern, daß es jedem Angehörigen einer bestimmten Nationalität unbenommen bleibt, seine Muttersprache zu gebrauchen, namentlich bei Versammlungen mit Stammschülern. Der Sprachensatz muß aufgehoben werden. Um die politische Sprache zu fördern, erklärt man andere nationale Vereine für politische. Sogar Entschärfung und wissenschaftliche Vereine, die mit der Religion und Politik gerührt zu sein haben, werden für politisch erklärt und dem Vereinsgesetz unterstellt. (Hört! Hört! bei den Voten). Diese Däumlingsweise widerspricht dem Sinne des Gesetzes, mit dem dadurch ein direkter Widerspruch zwischen der Verfassung und dem Gesetz entsteht. Die Entscheidung über die Verfassung und Verordnungen muß dem obersten Landesgericht überlassen werden. Auch den weiter vorliegenden Änderungen des Vereinsgesetzes stehen wir sympathisch gegenüber. Von einer freihandlichen Anwendung des Gesetzes, die seinerzeit ausgeht war, ist wenigstens den Voten gegenüber, keine Rede. Mit Gewalt kann man ein Land erobern, keine Rede. Mit Gewalt kann man ein Land erobern, nicht aber mit der Dauer regieren. (Beifall bei den Voten).

Hr. Regier. (Vot.): Jede schärfende Anwendung des Vereinsgesetzes sollte nach den früheren Versicherungen des jetzigen Reichstages unterbleiben. Die liberalen Parteien hätten, wenn sie die Entwicklung vorausgesehen hätten, wie wir.
Der Sprachensatzparagraphen förmlich nicht zugehört. Die Vereinsbehörde in Offen hat sich eine Abschrift der Mitgliederliste des Transporthüterverbandes beschafft und die ihm angehörenden Eisenbahnarbeiter angeklagt. Die Vereinsbehörde hat dabei nichts anderes als einen Eingriff in die Freiheit begangen. (Hört! Hört!). Die betreffenden Arbeiter wurden entlassen. So steht das „liberale“ Vereinsrecht an! Sozialdemokratische Versammlungen sollen verhindert werden, und dazu bedient man sich des Vereinsrechts. Die Versammlungen der Regierung stehen nicht im Einklang mit der Verfassung des Gesetzes. Nach der Gewerkschaften und der Zimmerei der Polizei anzufragen, da ihre Verhandlungen als politische angesehen werden. Wir wollen das ganze Überwachungsrecht der Polizei beseitigen. Es wird unüberwindlich angesehen und gegenüber der Verfassung konfliktuell. Es muß auch noch festhalten an, daß für die schärfende Anwendung einer Verfassung unter freiem Himmel keinen gewisser Polizeibehörden eine Gebühr erhoben wird. Da doch in § 7 des Gesetzes steht, daß ein abnehmender Preis für den Verfall der (Scheitelfest), somit für eine Genehmigung auf eine Gebühr erhoben werden darf. Wir verlangen, daß die für politische Vereine gegebenen Bestimmungen auf diejenigen Vereine zu übertragen sind, welche die Ersetzung politischer Angelegenheiten in Versammlungen betreffen. Deutungen werden auch alle Sportvereine, die nur in losem Zusammenhang mit der Sozialdemokratie stehen, als politische Vereine bezeichnet, während Turn- und andere Sportvereine der bürgerlichen Parteien unbedenklich bleiben. Ebenso verhält es sich mit den gewerkschaftlichen Organisationen.

Wenn es nach der Polizei ginge, gäbe es überhaupt keine unpolitischen Vereine.
In Deutschland, denn jeder Verein ist gelegentlich gezwungen, zu irgend einer in interessierenden Angelegenheit in seinem Vereinsorgan Stellung zu nehmen. Auch der Polizeipräsident von Berlin, Herr Dr. v. Jagow, hat in dieser Frage Gutachten abgegeben, bei denen man nicht weiß, ob man sich mehr über seine persönliche Unkenntnis oder über seinen Mangel an Gemeinnützigkeit wundern soll. (Votationsdr.). Da sich die rügt diesen Ausbruch und erklärt den Redner, daß in seiner Kritik zu mächtig. In seinem Gutachten über die Zusammenfassung und die Beteiligung der Generalversammlung gibt der Polizeipräsident von Jagen einen solchen Bericht. Das Gutachten ist zu vergleichen mit einer eisdicken Aussage vor Gericht, und er hätte sich leicht überzeugen können, daß das Gutachten die Unmöglichkeit enthält.
Vizepräsident Dr. Kossowski: Wollen Sie behaupten, daß der Polizeipräsident unter Eid die Unmöglichkeit gesagt hätte?
Hr. Regier. (Vot.): Es war nur ein Vergleich. (Scheitelfest), und dieses Gutachten wird dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes zu Grunde gelegt, um Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stampfen und ihnen die Möglichkeit der Jugendlichen zu entziehen. Wie das Vereinsgesetz gehandhabt wird, das ist Rechtsbeugung. Es ist Zeit, zu machen, was in unserer Arbeiterbewegung an unseren Jugendlichen gefährdet ist. Auch für Deutschland wird die Zeit kommen, wo das wahre Recht an die Stelle der Rechtsbeugung treten wird. (Beifall bei den Voten).

Hr. Marx (Hr.): Es ist die höchste Zeit, an eine freihandliche Änderung des Vereinsgesetzes zu denken. Auch gegen die christlichen Gewerkschaften und katholischen Vereine ist teilweise von der Vereinsbehörde zu Unrecht vorgegangen worden. Höchst bedauerlich ist es, daß von freierhandlicher Seite, wie es Dr. Kossowski in der „Sozialen Praxis“ getan hat, erklärt wird, daß Vereinsvereine politische Vereine seien. Dadurch werden ja der Vereinsbehörde Waffen gegen diese Vereine in die Hand gegeben. Wir verlangen vor allem die Aufhebung des sogenannten Sprachensatzparagraphen. Recht und Gerechtigkeit erfordern, daß das Verbot des Gebrauchs einer nichtdeutschen

Sprache in öffentlichen Versammlungen beseitigt wird. Ich erinnere an das Verbot gegen den Volksklub in der Rheinlande, der einen Vortrag in deutscher Sprache halten wollte. Die radikalen Behörden in der politischen Bewegung werden mir nach wie vor bezeugen, daß aber die Voten sich nach wie vor in Deutschland und als gleichberechtigte Staatsbürger fühlen. Daran trägt zum großen Teil das Verbot der Voten auch gegen vereinstellte Versammlungen der Voten bei. (Hört! Hört!). Das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Versammlungen muß beseitigt werden. Selbst der jüdische Reichstagsrat hat als Staatsbürger die politische Beteiligung der Jugend als demokratische Forderung der Sozialdemokratie empfunden. Wir wollen, daß

Die jugendlichen Arbeiter Mitleid gekostet und mit gemeinschaftlichem Geist erfüllt werden. Auch muß im Verein Mitleid geübt werden über das Recht der Vereinsbehörden, Beschränkungen in öffentlichen Versammlungen zu entziehen. Eine Einschränkung der bisherigen Rechte der Vereinsbehörden ist dringend notwendig. Ferner muß die Ausübung des Vereinswahlrechts gegenüber einer Anhebung durch politische Überzeugungen über die Vereinswahlrecht werden. Dringend wünschenswert ist es, daß in Zukunft vor den Reichstagswahlen die öffentliche Meinungsbildung einer Verlesung in einer Zeitung, die in dem betreffenden Wahlkreis herausgegeben wird, als genügend erklärt wird. Auch den Voten muß das Recht gegeben werden, sich in wirtschaftlichen Vereinen zusammenzuschließen. Das Vorgehen gegenüber der Berliner Schulpflicht war rigoros. Es ist Zeit, endlich an eine dauernde Verbesserung des Vereinsgesetzes heranzutreten. (Beifall im Zentrum).

Ministerialdirektor Demmler: Wie bei fast allen Vereinsgesetzen, so liegt auch bei dem Vereinsgesetz die Ausführung in den Händen der Einzelstaaten. Es gibt keine Vereinsbeamten, die mit der Ausführung direkt etwas zu tun haben. Also ist auch die Vereinsleitung nicht in der Lage einzuschreiten (Murren und Lachen links), außer wenn von den Einzelstaaten Ausführungsbefugnisse gegeben werden, die mit dem Gesetz in Widerspruch stehen. Sie werden zugehen müssen, daß die Behörden von dem Willen und Wunsch getragen sind, das Vereinsgesetz frei von Schulden durchzuführen. (Lachen bei den Voten). Es ist recht bedauerlich, daß die ganze Debatte sich nicht, wie früher, gegen die Auslegung der Bestimmungen der Vereinsbehörden richtete (Lachen links), sondern gegen die Auslegung durch Gerichte. Es ist nicht zu leugnen, daß wenn auch von einander abweichende Entscheidungen getroffen werden, so hat sich doch im Laufe der Jahre

eine große Einheit der Auslegung gebildet, und daß sich das Vereinsrecht eingebürgert hat. Jetzt behauptet man, daß eine Einigung auf Einbringung einer Novelle zum Vereinsgesetz. (Hört! Hört!) Verabschiedung muß ich einlegen gegen die Behauptung des Hr. v. Kossowski, daß Oberverwaltungsgericht habe einen Rechtsbruch verübt. Die Gerichte haben keinen Rechtsbruch. (Schallendes Gelächter links). (Votationsdr.). Was den Sprachensatzparagraphen angeht, so will ich auch auf den Fall Kappel und Cich hinweisen. Amundsen hand der ganzen Sache fern, es war Sache der Konzeptionsdirektion. Amundsen wollte Vorträge in Deutsch und in französischer Sprache halten. Kossowski ist eine durch und durch deutsche Stadt; man wollte Deutsch halten. (Lachen links). Der Regierungspräsident hat deshalb eine politische Intervention angenommen. Amundsen selbst hat sich nicht beschwert; er wollte nur Geld verdienen für weitere Fortkämpfe. Schließlich hat der Minister die Entscheidung des Regierungspräsidenten angenommen. (Murren links). Entweder beschwerten Sie sich, wenn eine Entscheidung nicht angenommen wurde, jetzt beschwerten Sie sich, daß die Entscheidung angenommen worden ist. (Sehr gut! rechts). Ferner ist hier gesagt worden, daß landwirtschaftliche Vereine als politische Vereine erklärt und unter das Vereinsgesetz gestellt worden sind. Bei der Frage, was ein politischer Verein ist, entscheidet nicht, was in seinen Statuten steht — darin kann alles Mögliche stehen —, sondern es ist ein Verein, tut und will. (Sehr richtig! rechts). Ich gebe zu, daß es bei der Beratung des Vereinsgesetzes in der Kommission der verbundenen Regierungen nicht gelungen ist, eine Definition zu finden, was ein politischer Verein ist. Man hat deshalb davon abgesehen und die Frage der Jurisprudenz überlassen. Es ist jedoch sehr bedauerlich, daß ein landwirtschaftlicher Verein politische Rechte verlor. Dann hätte er eben unter das Vereinsgesetz fallen. Das Gesetz gilt auch für andere Vereine, Turn-, Gesangs-, Entschärfungvereine usw. (Scheitelfest). Bei dem von dem Hr. Regier. über erwähnten Turnverein handelt es sich um einen Verein, der

in erster Linie den politischen Kampf erhebt, dann erst die körperliche Ausbildung. (Lachen links bei den Voten). Außer der sozialdemokratischen gibt es nur eine deutsche Turnerschaft, die auf nationalem Boden steht und sich im einzelnen von politischen Behauptungen herabsetzt. (Lachen und Murren bei den Voten). Regier. hat nicht gesagt, was die Statuten der Vereinigten eingetragten hat. So behauptet er, der Polizeipräsident Dr. von Jagow habe bewußt die Unmöglichkeit behauptet. Dazu würde mir der Mut fehlen. (Votationsdr.). Das Gericht, welches gegen den Verein verurteilt hat, hat ein Urteil aus anderen Gründen als auf Grund eines Gutachtens. (Hört! Hört!). Die Gewerkschaften hatten die proletarische Massenbewegung zu leisten. Welcher Unterdrückung besteht denn da zu den sozialdemokratischen Organisationen? Wir verurteilen! Was wird nicht gemeint. Ist nicht deutlich auch ein Kommunist, der am Grabe eine Rede gehalten hat, in Strafe genommen worden? Was das

Verbot der Konstitution der Berliner Schulpflicht betrifft, so muß der Polizeipräsident das Recht vorbehalten werden, einen solchen Verein zu verbieten, gerade so, wie ein Verbot einer Vereinigung von Klirren verboten darf. (Sehr gut! rechts). Die Schulpflicht, die über Leben und Eigentum von Millionen von Einwohnern zu machen hat, bedarf einer strengen Disziplin. Auch der Polizeipräsident von London hat ein ganz gleiches Verbot erlassen und den Beifall der englischen Presse gefunden. (Beifall rechts).
Hr. v. Reich (Hr.): Wir sind überzeugt, daß das Vereinsgesetz richtig angewendet wird. (Lachen links). Einem Falllassen des Sprachensatzparagraphen sind wir nicht geneigt, auch meinen wir, daß gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung mit aller Kraft eingeschritten werden muß. Es ist doch ein Unterschied zu machen zwischen der sozialdemokratischen und der nationalen Jugendbewegung, die keine Politik treibt. (Lachen bei den Voten). — Sehr richtig! rechts). Sie wollen nur festhalten an Wasser und Herrscherhaus. Ist das Politik? (Zuruf bei den Voten). Die Frage entscheidet der Ausschuss in Schule und Haus. Auch hinsichtlich der Befugnisse der Polizei über die Zusammenkünfte der Vereinsvereine und Überwachung der Vereine steht, wie eine Änderung des Gesetzes nicht für nötig. Der

Vertrag der Voten, der u. a. die Aufhebung des Vereinsrechts andern will, bedeutet einen

Eingriff in die Befugnisse der Einzelstaaten.

Wäre der Vertrag angenommen, so würde vom ganzen Bereich des Vereinsrechts nichts übrig bleiben. Dann haben Sie doch schon vorher das ganze Gesetz auf (Sehr richtig! bei den Voten). Das Gesetz entspricht aber den veränderten Anforderungen, und wir lehnen alle Änderungsanträge ab. (Beifall bei den Voten).

Hr. Witten (Hr.): Beispiel der Jurisprudenz in Sachen des Vereinsgesetzes haben wir die bisherige Aufhebung der Vereinsbehörden als Verstoß gegen die Verfassung für das sehr und lehnen den politischen Antrag, der die Frage andern regeln will, ab. (Hört! Hört!). Die Befugnisse der Vereinsbehörden bezüglich der Ausführung des Vereinsgesetzes zu groß sein. Kann ich nicht anerkennen. Gegenüber den Behauptungen gewisser Kreise, die die Befugnisse der Vereinsbehörden möglichst ausdehnen, treten wir für die Beibehaltung der bisherigen Befugnisse ein. Die Jugendbewegung besteht nach unserer Ansicht darin, daß man die Jugend herausführt in die Natur und sie nicht mit politischen Dingen beschäftigt. (Sehr richtig!) Wir wollen die Autarkie schützen und nicht schaden.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.
Schluß gegen 6 1/2 Uhr.

V. Berlin, 4. Febr. Die Kommission des Reichstages zur Beratung des Entwurfs, betr. Verrat militärischer Geheimnisse nahm den ersten Absatz des § 1 in folgender Fassung an: Militärische Geheimnisse im Sinne des Gesetzes sind Schriften, Zeichnungen und andere Gegenstände (die im Geheimnis einbezogen „Nachrichten“ werden) deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
Vienabstimmung am Mittwoch, den 4. Februar 1914.
Am Vorkommnisse: Dr. Bieleke.
Präsident Graf v. Schwerin-König eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr.
Die zweite Beratung des Staats wird fortgesetzt beim

Ausschuss.

Bei den Einnahmen muß der Hr. Vorkommnisse (Hr.) darauf hin, daß die Steuern, die bei dem Wechsel von Grundstücken erhoben werden, ungebührlich hoch sind. Die Vermögenssteuer bezieht den schweren Gedanken, weil der Grundbesitz dadurch schwerer belastet wird. Wir haben den Wunsch, daß das preussische Stempelsteuerrecht einer gründlichen Revision unterworfen wird.

Hr. Witten (Hr.) wünscht, daß die Gebühren für die Prüfung der mittleren Beamten auf die Staatskassen übernommen werden.

Ein Regierungskommissar erwidert, diese Gebühren seien zu geringfügig, daß sie gar nicht ins Gewicht fielen.

Hr. Witten (Hr.): Im Interesse der Wähler von zweiten und dritten Vorstufen, die bei Vermögenssteuern das Grundrecht erwerben müssen, sollte bei Berechnung der Steuern nicht der volle Wert des Grundstücks, sondern höchstens zwei Drittel des Wertes zugrunde gelegt werden.

Hr. Witten (Hr.): Durch die Gefängnisarbeit werden die kleinen Gewerbetreibenden nicht geschädigt. Man sollte die Gefängnisse mehr zu Landarbeit heranziehen.

Hr. Witten (Hr.): Auch wir wünschen, daß der freien Arbeit durch die Gefängnisse keine Konkurrenz gemacht wird. In Wirklichkeit ist diese Konkurrenz nicht so groß, denn ein sehr großer Teil der Gefängnisse ist gar nicht arbeitsfähig. Freilich ist der moderne Strafvollzug nicht denkbar ohne Arbeitszwang. Nach einem Aufkommen der Justizverwaltung mit der Militärverwaltung

werden die Gefängnisse mit der Aufarbeitung von Altmaterial beschäftigt.

Wenn diese Art der Beschäftigung der Gefängnisse weiter ausgebaut würde, dann würde die Konkurrenz gegenüber dem freien Gewerbe mehr und mehr ausgedehnt werden.

Hr. Witten (Hr.): Beileich empfiehlt es sich, die Gefängnisarbeit an den Reichsbetrieben zu vergeben, wenn auch dieses Mittel nicht helfen sollte, so müßte man annehmen, daß die Anlagen des Mittelstandes unbedenklich sind.

Hr. Witten (Hr.): Durch die Gefängnisarbeit wird dem freien Gewerbe eine größere Konkurrenz gemacht, als der Hr. Dr. Schmidt annimmt. Vor allem ist die Forderung zu stellen, daß in Gefängnissen und Justizhäusern keine Maschinen aufgestellt werden, sondern daß alles durch Handarbeit hergestellt wird.

Hr. Witten (Hr.): Die Gefängnisse in den Aufhängelagern werden angemessen durch Arbeit bedingt, und es ist notwendig, daß die Arbeiter in den Gefängnissen angemessen entlohnt werden. Dabei soll eine Schädigung der freien Arbeit möglichst vermieden werden.

Hr. Witten (Hr.): Begründet seinen Antrag auf Vorlegung einer

Denkschrift über den jetzigen Stand der Gefängnisarbeit, insbesondere über Umfang und Art der Beschäftigung der Gefängnisse, über die dafür gezahlten Löhne und über die Tätigkeit der für die einzelnen Gefängnisse verantwortlichen Beamten. Der Redner wünscht, daß die Konkurrenz der Gefängnisarbeit gegenüber dem freien Gewerbe möglichst eingeschränkt wird, wenn sie auch nicht vollständig beseitigt werden kann.

Hr. Witten (Hr.): Auch wir fordern, daß bei der Beschäftigung der Gefängnisse Rücksicht auf das freie Gewerbe genommen wird. Die Mittel der modernen Technik, Maschinen usw., sollen auch bei der Gefängnisarbeit verwendet werden.

Die Debatte wird geschlossen.

Der Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift über die Gefängnisarbeit wird angenommen. Die Einnahmen werden genehmigt.

Bei den Ausgaben (Hr. Witten) führt

Hr. Witten (Hr.): Wir sind eine gute Rechtslage ist vor allem eine möglichst gute Ausbildung und die möglichst unabhängige Stellung der richterlichen Beamten erforderlich.

Die Ausbildung für Richter haben sich im letzten Jahrzehnt erheblich verbessert, wobei bedungen, wenn man jetzt Richter ausbildet. Die Richter sollen möglichst ausgebildet werden, ohne Rücksicht auf gesellschaftliche, religiöse und politische Meinungen zu zerteilen. Wir sind damit einverstanden, daß die Richter ein sehr auf Vollendung nicht haben. Aber

es müssen sich ihnen eine Anwartschaft auf Aufhebung geben.

Das Gelingen soll nicht zur Verantwortung gezogen werden. Mit der Aufhebung sollte möglichst schnell verfahren werden. Der Richter soll in politischer und religiöser Beziehung nichts unternehmen, was mit seinem Amt nicht in Einklang steht. Eine gewisse Verantwortung der Richter ist natürlich, aber man darf in dieser Beziehung nicht zu weit gehen. Was den Fall des Richters betrifft, so liegt mir jede Auswertung des Falles nach der persönlichen Seite am fern. Der Vorposten eines Berichtes soll bei der Verhandlung des Falles sachlich verfahren und den Angeklagten nicht verlegen. Wegen die Gründe bei der Vorposten im Prozess Artikel mehrfach verlesen. Es hat weder die Würde des Gerichts, noch seine eigene Würde gewahrt (Sehr richtig! im Zentrum). Indem er u. a. erklärt, daß Richter habe die Ehre in der unangenehmen Weise beschuldigt und in gemeiner Weise beleidigt. Ferner hat der Vorposten gesagt, die Eingaben Richter seien geblieben und es sei ihm gelungen, das Gericht zu überzeugen. Daß der Richter die Gründe der Entscheidung hat verlesen lassen, ist von der gesamten Presse aller Parteien anerkannt worden. Ich bitte den Richter, die Richter erneut auf die Pflicht der Beobachtung größter Objektivität hinzuweisen. Der Fall Mittel hat

bedeuten, daß es bei uns keine Klassenjustiz gibt und daß der Richter vom Gericht nicht besser behandelt wird als jeder andere. Zur Ausübung einer guten Rechtspflege gehört es auch, daß der Richter nicht mehr ist, als ein Mensch. Der Richter wird der Mensch sein, wenn er nicht mehr so viel als ein Mensch ist. (Sehr richtig! im Zentrum). Mit dem Angelegenheit gegen die u. a. wichtigen Faktoren sind wir durchaus einverstanden. Durch den Vorposten sogenannte Anklagen sind die Richter in unserer Sache noch weiter untergraben. Überhaupt sollte man hierbei nur im äußersten Notfalle herangehen. Der Richter muß selbst entscheiden, was richtig und unrichtig ist. Der Richter selber aber ist auf Grund der Aussagen von Sachverständigen von der Angelegenheit unmaßstäblich beeinflusst zu haben, freigesprochen worden, obwohl die Unmöglichkeit der Gedächtnisoffenheit war. (Hört! Hört!).

Wir möchten es noch auf den verheerenden Einfluss gewisser Detektivinstitute, die man als Kaskadenhalter für Verbrecher bezeichnen kann. Gegen verheerende Institute muß endlich vorgegangen werden. (Beifall im Zentrum).

Justizminister Dr. Witten: Aber die Gründe, die bei der Anstellung der Richter maßgebend sind, habe ich mich bereits wiederholt ausgesprochen. Daß dabei das gute Wesen eine Rolle spielt, ist natürlich. Eine gewisse Auswahl muß getroffen werden. In erster Linie ist für die Anstellung das Staatsinteresse maßgebend. In diesem Sinne wird entschieden, ob der Bewerber für die betreffende Stelle geeignet ist. Wir streben freilich dahin, daß

keine Unbilligkeiten vorkommen.

Wir halten es für unsere Pflicht, denjenigen, die wir für die Anstellung nicht für geeignet halten, davon Mitteilung zu machen. Ich gebe anstandslos zu, daß der Vorposten im Mittelpunkt der Form nach richtig geurteilt hat. Dem Vorposten des Vorposten, eine allgemeine Verurteilung an der Gerichtsverwaltung zu erteilen, kann ich nicht entsprechen. Ich habe das Verlangen zu ihnen, daß sie solcher Meinung, die eine Strafkammer für sie bedeuten würde, nicht befolgen. (Beifall).

Hr. Witten (Hr.): Wir haben zu unseren Richtern das Vertrauen, daß sie objektiv urteilen. Ich erwarte, daß bei der Strafreform die Unabhängigkeit der Richter in noch höherem Maße gewährleistet wird, als es jetzt der Fall ist. Auch den Staatsanwälten muß eine größere Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gegeben werden. Daß die Staatsanwaltschaft gegen die Verbreitung unrichtiger Tatsachen vorgeht, können wir nur billigen, weil wir wünschen, daß die Seelen unserer Richter rein bleiben.

Hr. Witten (Hr.): Die große Vernehmung des Personalis ist begründet durch die gewaltige Zunahme der Verurteilungen. Die Richter sollten nicht mit Geschäften überhäuft werden, damit ihre Amtsfähigkeit nicht beeinträchtigt wird.

Der Antrag zur Justiz

ist noch immer sehr groß, wenngleich eine geringe Abnahme der Zahl der Richter zu verzeichnen ist. Bei der Ausbildung der Richter muß vor allem auf praktische Betätigung in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben Wert gelegt werden. Vor geistreichen Beratern, namentlich vor Sachverständigen, muß das Publikum geschult werden. Die Strafen für Verurteilungen müssen verschärft werden.

Justizminister Dr. Witten: Es ist anzuerkennen, daß ein besserer Schutz gegen Verleumdungen erwünscht ist. Die Frage wird ja den Reichstag bei der Reform des Strafrechts beschäftigen, aber auch nach den jetzigen Strafbestimmungen ist eine entsprechende Sanktion bei Verleumdungen zu erteilen.

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Der Senatorenkonvent des Abgeordnetenhauses

unterzieht sich über die Frage der Kontingenzierung der Staatsverwaltung, ohne zu einem sicheren positiven Ergebnis zu kommen. Dagegen fand sich die Verlesung bereit, einer Erweiterung der Sitzungen um eine halbe bis eine Stunde zustimmen, um den Etat soweit wie möglich vorzulegen zu fördern. (Hört! Hört!).

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

Der Senat hat eine Verabschiedung des Etats vorzulegen, die nicht sein kann, sondern daß man im äußersten Fall zufrieden sein müßte, wenn man nur die zweite Sitzung des Etats vorzulegen zu veranlassen würde.

red.: Dr. Meuß.

28. Sabraona.

Metallbörse in Berlin, 3. Februar. Kupfer fest.

	M.	S.	T.
Januar	134.75	134.25	134.50
Febr.	136.—	134.50	134.75
März	—	135.25	134.75
April	135.25	134.75	—
Mai	135.25	134.75	—
Juni	135.25	134.75	—
Juli	135.50	135.00	135.00
August	135.50	135.00	—
Sept.	135.50	135.25	135.25
Oktobre	135.75	135.50	135.50
Nov.	136.75	133.50	—
Dez.	136.00	135.25	136.00
Januar	136.00	135.50	—

Berliner Wertpapierbörsen
 Berlin, 5. Febr. Trotz der Diskontenermäßigung
 der Reichsbank herrschte an der Börse unter we-

Berlin. 5. Febr. Trotz der Diskontermäßigung der Reichsbank herrschte an der Börse unter weiten Realisierungen eine schwächere und lustlose Haltung vor. Nur hohe Preise blieben fest auf die günstigen Mitteilungen aus der Nachbutter-Berhandvermittlung. Später gab die Steigerung der Schiffabfertigung infolge von Hamburger Häfen den Anstoß zu einer freundlicheren Haltung des Marktes. Das Geschäft blieb aber ruhig.

Die weitere Ermäßigung des Reichsbankkontos. Die Reichsbank hat heute den Diskont von 12 auf 4 Prozent, den Lombardzinsfuß von 20 auf 5 Prozent ermäßigt.

Munitionsmaterial- und Metallwerke, A. G.
in Chemnitz. Der in der geprüften Aufstufung vorgelegte Abjchluß für das 1914
5 1915 Jahr des laufenden Geschäftsjahres schließt
mit einem so befriedigenden Gewinn, daß auch für

1913/14 ein ähnliches Ergebnis zu erwarten ist. Ausdehnung der Erzeugungsgewinnung. Der Halgärer Hütte, A.-G. in Halgen (Raffau) plan neben der Errichtung zweier Hochofen an Stelle des alten Ofens den Bau eines Stahlwerkes mit Stahlgießerei sowie die Errichtung einer Zementfabrik.

Vom Zukunftsinventar. In der gestern abgehaltenen Gesellschaftsversammlung des Zukunftsinventarverbandes wurde ein beherzogter Gesellschaftsagende eine nicht unerhebliche Abnahme der früheren Punkte infolge weientlich gelesigter Abtates, besonders gegen Ende des vorigen und Anfang des Jahres, festgesetzt. Die Lage ist daher als normal anzusehen und darf auch für die Zukunft als zufriedenstellend bezeichnet werden. Generaldirektor Hob leide seine bisherige Stellung als Vorgesetzter des Inventarverbandes wieder nicht insofern als Verräucher

mann auch für die weitere Verbandsdauer erhalten. Als Verleugner wurde Generaldirektor Schatzenbrand von den Hohenheimern gewählt.

Rheinisch-Westfälisches Kohlenknäufkartell

(Wien. Am 29. ds. Mts. findet eine Sitzung des Rates mit folgender Tagesordnung statt: 1. Beilegung der Umlage für Stollen, Stollen und Pfeifen für das erste Vierteljahr 1914; 2. Geschäftsbericht. Zweck findet eine Revision.

Verordnung: Zunächst findet eine Beratung der Zeichenbeiträge mit folgender Tagesordnung statt: 1. Festlegung der Verteilungsaufteile in Stollen, Stofs und Brüttels für dieses Jahre; 2. Bericht des Vorstandes; 3. Geschäftliches; 4. Beschlußfassung über den neuen Bundesratsvertrag. Die Beratungen im Punkt 4 werden gegebenenfalls am Nachmittage fortgesetzt.

Die **Regung von Dachfenstern im Zieglerland** Nahe dem vor einigen Tagen die Hohannesbühl genach dem Vertzug mit dem Hochzeilverband i Hien ihre Anlagen stillgelegt hat, ist namentlich die Brachbacher Hütte in Brachbach a. d. Zieg Ausföhrung eines ähnlichen Abkommens mit g namnten Verband niedergeblegt worden.

Nochum. Der Verband hat nunmehr auch die
Zementfabrik in Tiedlenburg käuflich
erworben, um sie für die Zwecke des Verbands

ren Realisationen eine schwächere und gestörte Haltung vor. Nur Höhenlohn-Aktien lagen fest auf günstigen Mitteilungen aus der Ausbittungs-Bandsvermittlung. Später gab die Steigerung der Schiffahrtswerte infolge von Hamburger Aktien den Anstoß zu einer freundlicheren Haltung.

[illegible]

Industrie, Handel und Verkehr

Munitionsmaterial- und Metallwerke, A. in Venedburg. Der in der gestrigen Auffahrtung vorgelegte Abzählung für das erste Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres schließt mit einem sehr befriedigenden Ergebnis ab und

Ausdehnung der Eisengewinnung.
Salzgerter Hütte, A.-G. in Salzen (Raffau) plant neben der Errichtung zweier Hochofen an Stelle des alten Ofens den Bau eines Stahlwerkes, Stahlgießerei sowie die Errichtung einer Zementfabrik.

Vom Ziehstühlenverband. In der gestern gehaltenen Gesellschafterversammlung des Ziehstühlenverbandes wurde ein besserer Geschäftsplan, eine nicht unerhebliche Abnahme der früheren Stände infolge weisentlich gesteigerten Ablasses, besonders gegen Ende des vorigen und Anfang des Jahres, festgestellt. Die Sache ist daher als

mal anzugehen und darf auch für die Zukunft zuverlässig bezeichnet werden. Generaldirektor Lob legte seine bisherige Stellung als Vorsitzender des Verbandes nieder, bleibt indes als Vertrauensmann auch für die weitere Verbandsdauer erhalten. Als Vorsitzender wurde Generaldirektor Schallerbrandt von den Hohenlohebewerfern gewählt.

Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat
Güter. Am 20. ds. Mts. findet eine Sitzung des Beirats mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung der Umlage für Stohlen, St. und Brackets für das erste Vierteljahr 1914; 2. Geschäftliches. Danach findet eine Versammlung der Zechenbesitzer mit folgender

gesandlung statt: 1. Festlegung der Beteiligung
anteile in Aktien, Stoks und Briefetts für 2
dieses Jahres; 2. Bericht des Vorstandes; 3.
schaffendes; 4. Beschlusfassung über den neu
Zundratsvertrag. Die Beratungen
Punkt 4 werden gegebenenfalls am Nachmit
fortgesetzt.

Erklärung von Doctorenmerken im Siegerl.
Nachdem vor einigen Tagen die Nehmenseß
gemäß dem Vertrag mit dem Hohenverban
Essen ihre Anlagen stillgelegt hat, ist namentl
die Brachbacher Hütte in Brachbach a. d. Sie
Ausführung eines ähnlichen Abkommens mit
namentl. Verband niedergeblieben worden.

Berg-Mark, Ind.-Ges.	9	64 75	65 00	Goedhart, Gebr.
Bergmann, Elektr.	9	126 75	127 00	Grosche, Eisen- u.
Berliner-Elektr.-Werke	12	73 25	73 25	Werkzeugbr.

Hert.-Guth Hartst. Akt.	14	237.75	232.75	Han. Masch. B.
Hert. M. Schwartzk.	16	252.75	252.75	Harkort Bergw.
Herrhaus-Bergw.	10	153.00	151.00	Harkort Brückw.
Hismereckhütte	9	146.75	146.75	Harkort Brückw.
Hochmmer Bergw. Abt.	8	150.50	151.00	Harpener Bergw.
Hochmmer Grubstalt	14	22.00	225.00	Hasper Lisenw.
Hoodings, Reimann	10	169.75	167.00	Hedwigshütte
Hörsperle Neuwalz.	3	78.25	78.75	Hein, Lehmann
Bremer Lohndiet.	30	210.00	210.00	Hertland Wagn.

Ruders Klöppelwerk	7	113,40	113,00	Hingers Vorräte
Capito & Klein-Aktion	70	138,00	138,50	Hindt, Auffermann
Charlottenhütte A.-G.	16	183,00	185,00	Höelsser Farbwerk
Chem. Fab. Neumagden	10	132,80	132,75	Hösch, Eiten u. A.
Chem. Fab. Milch & Co.	11	253,25	253,00	Höndelholz-Werk
Chem. Fabr. Weiler	12	222,25	221,75	Hofel Diach
Chem. Ind. Gelsenk.	30	151,00	151,00	Humberts Brauerei
Chem. Werke Altona	70	458,50	455,00	Humboldt Masch.
Cöln-Münster Bergw.	9	44,95	44,90	Jäger & Co., M.
Cölnner Bergwerk	33	545,00	545,00	Kallw. Ascherberg

Cölnener Gas- u. elektr.	9	55,00	55,00	Kaiser Werkzeug
Consolidated-Bergw.-Ges.	21	332,00	340,00	Kirchener & Co.
Consolidation Schenke	21	351,75	351,00	König Wilhelm u.
Daimler Motoren	22	349,75	348,25	Land, des St.
Deilmann, Lindeum	18	324,75	330,00	ESingsborner B.
Deutsche-Lux, Bergw.	10	144,90	147,50	Kronprinzessin
Deutsche-Hebensen-B.	11	178,25	179,50	KFinkhauser Hüt.
Deutsche Kraft- u. A.-G.	23	263,00	263,00	Lahnmeier & Co.
Deutsche Gas-Gesellsh.	25	50,00	50,00	Laurahütte

Deutsche K&H-A.G.	10	136,25	137,00	Leipzig-Planof. Z.
Deutsches Schichtbau	35	415,00	414,75	findenberg Stahl
Deutsche Sprengstoffe	35	328,00	326,00	Janke & Hofmann
Deutsche Waffenfabr.	32	60,00	59,25	Leewe & Co.
Dittmann, Neumann	12	175,00	175,50	Lotaringer Cernit
Dörmann-vertrieb	20	390,00	381,50	Lüdenscheider W.
Dörmann-Metalle	12	214,00	215,00	MannmannKöln
Dürkopp-Werke	75	341,00	340,00	MarienhütteOb.
Düsseldorfer Eisenb.	10	237,00	231,50	Märk.-Westf. B.
Düsseld. Eisenb.-Ges.	10	151,00	144,00	Maschinenfabr.

do. Kammergut . .	8	143.00	143.00	Mannh. Fabrik, H.
do. Maschinenbau .	4	93.25	100.25	Meggenner Walze
Dynamit-Erzeug . .	10	182.25	181.50	Mülheim, Bergw.
Eisener Walzwerk .	11	153.50	154.75	Müller, Speidelst.
Elektrogerät Velbert	9	51.00	52.00	Oerschlen, Erzb.
Kleinwerk. Kraft . .	12	183.50	183.80	Oerschlen, Eisen
Leibnizfeld, Farbenfabr.	2	596.00	601.50	Oeking Stahlwerk
do. Papierfabr.	9	11.50	11.75	Orenstein & Kopp
Elektr. Licht u. Kraft	19	131.40	132.00	Petersb. elektr.

Klabach & Co. Gerf.	12	162,00	—	Phonix, Bergw. L.
Kraenwiler Bergwerk	10	221,50	221,60	Reicholz Papierfabr.
Kraener Steinkohle	10	155,00	165,25	Rhein. Braunkohle
Feiten & Guillemaume	8	158,75	158,50	Rheinische Chaux
Friedrichshütte	12	167,90	169,00	Rhein. Metallw.
Frister, L.	16	253,00	260,25	Rhein. Möbelstoff
Hammerstein, Deuts.	9	126,00	127,50	Rhein.-Nass. Berg
Hensard & Co.	12	177,00	177,50	Rhein. Spiegelgl.
Hensard & Co. Koenig	15	233,00	232,00	Rhein. Stahlw.
Hensard & Co. Bergw.	10	—	—	Rhein. Wafl. Ind.

Gerresheim, Glashütte	14	244,50	245,00	Rhein-Westf. Kalb.
Gevelsberg, Hordfabr.	10	144,50	141,00	Roddergrube
Girmes Jct. & Co.	12	244,60	244,00	Rönsbacher Hütt.
Gladsbacher Spinnerei	9	32,50	32,50	Rotgerwerke
Gladsbacher Wollind.	13	146,25	146,75	Sealotfabrik Sel.

Polenwaren-Händler und Künstler. Auf-
 fällig ist auch in Berlin ein Verband der Pol-
 enwaren-Händler gebildet, der sich die Preisstän-
 ge der Rindwolle im Verkehr mit den Abnehmern zu
 regeln gemacht hat. Die wichtigste Bestimmung
 lautet dahin: fertige Polenwaren nicht mehr in „Rom-
 mission“ zu geben. Diese Bestimmung soll bei An-
 besichtigung hoher Vertragsstrafen streng durchgeführt
 werden. Damit hat sich der Verein den deutsche
 Künstler einverstanden erklärt. Beide Ver-
 bände haben die Schaffung eines gegenseitigen
 Preisvertrages in Aussicht genommen. Der
 gemeinacht stattfindenden Hauptversammlung der
 Verein deutscher Künstler soll eine entsprechende
 Resolution beschließen.

Ein Verband im Glas-Gewerbe. In Leipzig erfolgte die Gründung einer Vereinigung deutscher Grossisten des keramischen und des Glas-Gewerbes zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen, insbesondere durch Aufbesserung der Preise bezw. durch Festlegung von Mindestpreisen.

Rheinische Volksbank, L. 65, in Köln. Der Aufsichtsratsbeschluss wurde seitensamtlich, daß er gegen das Vorjahr um 55.000 Mark höherer Gewinn erzielt worden ist. Auf den nur aus Gesellschaften Verten zusammengesetzten Wertpapierbestand ist aber wegen des auch im Jahre 1911 anhaltenden Sturzsinkendes der selbstverschafften Wertpapiere eine Abschreibung von 88.129 M. erforderlich. Der Aufsichtsrat schlägt eine Dividende von 8½ Prozent (im Vorjahre 9½ Prozent) für die Aktien Buchstabe A und von 7 Prozent (8 Prozent) für die Aktien Buchstabe B vor. **Stolberger Bank in Stolberg im Rheinland.** Nach Mittheilungen verbleibt ein Reingewinn von 40.182 Mark (gegen 22.689 Mark im Vorjahre). Der Hauptversammlung wird Erhöhung der Dividende (von 6 Prozent) auf 7 Prozent vorgeschlagen.

Zur Verhinderung von Berliner Brauereien in einer Verarmung von Millionen der Sparsamer Verabreicher wurde gegen die geplante Verhinderung mit der Schultheiß-Brauerei ein scharfes Verbot erlassen und namentlich die in geringe Abminderung bemerkt. Sämtliche Zeitnehmer beschließen, die Verhinderung in der vorliegenden Form anzulehnen.

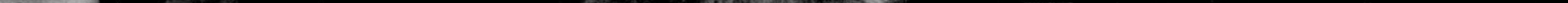
Das (seit dem Jahre 1835 bestehende) Pauschal-
N. A. (erlanger in Neustadt an der Aisch
infolge seiner Theilnahme an der Tonwaren-
fabrik Langensfeld die Zahlungen eingestellt. Die
Höhe des Vermögens und der Schulden läßt sich
noch nicht übersehen.
Erweiterung der preussischen Schwanen-

Kauf- und Anleihe. Auf beiderseitige Anregung hin und mit Rücksicht auf starke Überzeichnung der kürzlich angelegten Schatzanleihe hat sich die preussische Geldverwaltung entschlossen, weitere 200 000 000 Mk. vierprozentige auslosbarer Schatzanleihe — eingeteilt in sechzehn Reihen zu 12 500 000 Mk. — zu begeben. Davon werden vorab 50 000 000 Mk. der Veranbahnung preussische Staatsbahn zwecks Beeinflussung des Röhrenpreises überwiesen.

8	142,00	122,50	do, Glasz., Nickelwerk	18	290,00	290,00
8	118,50	118,25	do, Glaszettel-fabrik	49	575,00	593,00
34	427,00	425,75	do, Lausitzer Glasz.	29	337,50	368,00
10	155,00	157,00	do, Zypsen Wäsen	17	169,25	169,00
10	135,00	135,00	Vogtländer Masch.	39	325,00	329,00
39	350,25	350,00	Wanderer-Werke	24	365,50	364,00
18	265,50	265,50	Warsteiner Getr.	9	128,50	130,00
28	343,50	344,00	Wasserr. Gelsenk.	10	204,75	204,00
18	252,00	253,00	Westf. Draht-Indust.	100		164,00
49	90,00	75,00				

3	74.00	3.50	Daedl. Prähindust.	4 1/2	90.25	77.50
14	101.25	102.00	Elbert. Farbenfabrik.	4 1/2	101.25	101.25
14	178.50	177.50	Gelsenk. Bergwerk	4	98.80	98.80
14	134.00	133.75	Germania Portl. Cem.	4 1/2	95.25	95.25
14	246.50	246.00	Th. Goldschmidt	4 1/2	100.00	100.00
14	248.25	250.00	Haspenr. Bergh. kv.	4	95.50	95.50
10	191.75	192.60	Friedrich Krupp	4	98.50	97.50
8	111.75	111.10	Reinhold. Papierfabrik	4 1/2	98.90	99.00
0			Rhein.-Westf. Kalkw.	4 1/2		
2	124.50	125.50				

133.00 132.75



ten, 150.000.000 Mark bagegen der Gruppe, die auf belandene "Preis-Masse" für sich verzichtete, zur Verfügung gestellt und von dieser unter den nämlichen Bedingungen — Preis zu 97 Prozent, Einzahlungsfähigkeit, Rückzahlung zum Nennwert binnen 16 Jahren —, aus schließlich den nicht oder nicht vollständig bezahlten Zeichnern der ersten Ausgabe, angeboten werden. Bei der Zuteilung sollen die kleinen Sparer und diejenigen Zeichner, die die Anteile unversehrt als dauernde Geldanlage erwerben wollen, namentlich auch die Sparfassen und andere öffentliche Anstalten, von den Zeichnungsfällen, zunächst vorzugsweise, berücksichtigt werden. Die Zeichner konnten mit Rücksicht auf den Umfang der bei der Zuteilung erwachsenden Arbeiten nicht vor dem 10. Februar Nachricht über Zuteilung erwarten. Mit dieser weiteren Regelung ist der gesamte Anteilhaberbestand Preussens für das Jahr 1914 nunmehr gedeckt.

Dividendenverteilung. Die Hammagarn-Spinnerei Düsseldorf schlägt nach ähnlichen Abschreibungen wie im Vorjahre (damals 39.752 Mk.) wieder 8 Prozent (wie im Vorjahre) Dividende vor. — Die Wuppertal-Fabrik Kettenschen & Söhne, A.-G. in W.-Glabbe, schlägt 6 Prozent Dividende (i. H. 5) vor. — Die Preussisch-Meinische Dampfschiff-Fahrts-Gesellschaft in Köln beschloß für das Geschäftsjahr 1913 eine Dividende von 9 Prozent (wie im Vorjahre).

Dieprezentage Deutsche Schwebelandsche. Auf die neue vierprozentige Deutsche Schwebelandsche-Anteile für das Jahr 1913 im Gesamtbetrag von 45 Millionen Mark wird nunmehr zur Zeichnung aufgerufen. Die Anteile ist eingeteilt in Stücke von 5000 Mark, 2000 Mark, 1000 Mark, 500 Mark, 100 Mark, mit Zinsanspruch vom 1. Januar 1914 ab. Die Zeichnung findet am 10. Februar 1914 statt, und zwar u. a. in Köln bei dem Posthaus Sal. Oppenheim jr. & Co., bei der Bergisch-Märkischen Bank und bei der Rheinisch-Westfälischen Telefontelegraphen-Gesellschaft, A.-G. Der Zeichnungspreis beträgt 96,50 Prozent zuzüglich 4 Prozent Stückzinsen vom 1. Januar d. J. bis zum Zahlungstage. Zeichnungen, die unter Übernahme einer Sperrverpflichtung übernommen werden, finden vorzugsweise Berücksichtigung. Der Hauptplan der zugeteilten Stücke ist vom 20. Februar d. J. ab zu zahlen, spätestens aber bei Fälligkeit der Stücke, welche vom 5. bis 12. März d. J. abzunehmen sind.

Neue Antikei-Versteigerung. Die belgische Regierung schloß mit einer Londoner Bankgruppe eine dreiprozentige Antikei von 300 Millionen Franken auf 25 Jahre ab. Die soll zu 77 Prozent ausgegeben werden.

Die Katastrophe auf Seebecken Achenbach.

Erdbedenwahrung und Grubenkatastrophe.

Der Leiter der Kattbader Erdbedenwarte, Professor Belar, berichtet, einem Spezialtelegramm zufolge, eine Erschütterung, in der es heißt: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die in den jüngsten Tagen aufgetretenen Gruben-

katastrophen auf Seebecken Achenbach bei Dortmund und die Einstürze bei Benken in Oberhessen und auf Seebecken Kappenberg bei Dorsten durch die seit einer Woche in ganz Europa herrschenden starken Bodenwunder und durch die außerordentlich starken Erdbedenwunder vom 30. Januar ausgelöst worden sind. Untere Worte hat am 30. Januar, vormittags, das frühmorgens erfolgte katastrophale Einstürzen angezeigt. Das Grubenunglück auf Seebecken Achenbach wäre leicht vorherzusehen worden, wenn an diesem Tage, an dem unter Warnungsruf noch rechtzeitig laut wurde, in den Bergwerken die vorgeschriebenen Vorsichtsmaßnahmen verbe-

preisandgeschrieben für eine Grubenlampe mit zuverlässigem Zettelanzeiger.

In der von dem Beretta für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamt-Dortmund ausgearbeiteten Preisbewerzung für eine im Betriebe brauchbare, mit zuverlässigem Zettelanzeiger versehene elektrische Grubenlampe, deren Einreichungsfrist am 1. Oktober vorigen Jahres abgelaufen war, sind 52 Bewerbungen eingegangen, und zwar drei Zettelanzeiger ohne Lampen und 49 elektrische Lampen teils mit, teils ohne Zettelanzeiger. Die eingegangenen Bewerbungen sind von dem Preisgericht alsbald einer sehr eingehenden Untersuchung unterzogen worden. Zunächst handelte es sich um eine überwiegend wissenschaftliche Untersuchung, die sich auf Schlagenerfahrungen, Möglichkeiten der Zettelanzeiger, Lichtstärke, Brenndauer, Konstruktion der Lampen usw. erstreckte. Diese Untersuchungen sind zum Teil von der bergbaulichen Versuchsstation in Terne, zum Teil von dem Bergbauverein selbst vorgenommen worden. Die im, wie wir hören, jetzt zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Diese Untersuchungen genügen jedoch nicht für ein einwandfreies Urteil über die Betriebsbrauchbarkeit der Lampen und Zettelanzeiger. Hierfür sind vielmehr noch längere praktische Versuche im Grubenbetrieb selbst erforderlich. Bei der großen Zahl der Bewerbungen werden diese Untersuchungen aber noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Erst dann ist es dem Preisgericht möglich, ein Urteil abzugeben. Nachdem ist auch eine Beschreibung der eingereichten Lampen und Zettelanzeiger sowie der damit ausgeführten Versuche beabsichtigt.

Die Renten der Hinterbliebenen.

Die Sektion II der Knappschafts-Versicherungsgesellschaft hat die Feststellungen für die Festsetzung der an die Hinterbliebenen der auf Seebecken Achenbach verunglückten Bergleute zu zahlenden Renten sofort aufgenommen. Die am 1. Januar 1913 in Kraft getretene Reichsversicherungsordnung hat hinsichtlich dieser Rentenzahlung einen wesentlichen Fortschritt gebracht. Während früher nur der Jahresarbeitsverdienst bis zur Höhe von 1500 Mark anrechnungsfähig war, ist nach den neueren Bestimmungen der Betrag von 1800 Mark voll anrechnungsfähig.

Die Feststellungen der Knappschafts-Versicherungsgesellschaft haben folgendes ergeben: Ren-

tenberechtigt sind 12 Witwen und 29 Kinder (11 Verunglückte waren lebend). Die Gesamtsumme der zu zahlenden Renten beläuft sich auf 11.503,42; davon beträgt die Witwenrente 7842,64, die Kinderrente 3660,78. Im einzelnen werden folgende Renten gezahlt: 3 kinderlose Witwen 402 Mark, 20 Mark, 273 Mark, eine Witwe mit einem Kind 200 Mark, zwei Witwen mit je zwei Kindern 1200 Mark, 1224 Mark, eine Witwe mit drei Kindern 1267 Mark, vier Witwen mit je vier Kindern 1281 Mark, 1245 Mark, 1200 Mark, 1191 Mark, eine Witwe mit fünf Kindern 1181 Mark. Außerdem gelangt das Sterbegeld für 25 Bergleute mit durchschnittlich je 125 Mark sofort zur Auszahlung.

Wemert sei noch, daß die Zettelanzeiger, wie nach dem Unglück im Dezember 1912, auch jetzt wieder zur Unterstützung der Hinterbliebenen einen hohen Stellenwert haben, dessen Verwaltung einem Ausschuss unter dem Vorsitz des Bergbauprinzipals übertragen ist. Aus diesem Schatz soll den Hinterbliebenen für die nächsten 5 Jahre neben der gesetzlichen Rente eine Zusatzrente gewährt werden. Ferner hat die Zettelanzeiger Verwaltung den Witwen sofort nach dem Unglück je 150 Mark ausbezahlt.

Umgebung und Nachbargemeinde.

Eine Verkehrs-Kommission für den Kreis Weimann.

1. Wohnort, 1. Rehr. Die Wahl einer Verkehrs-Kommissionen zeitigte in der heutigen Kreisversammlung eine interessante Debatte. Nach den Ausführungen des Vorsitzenden hat sich die Notwendigkeit ergeben, infolge der Verhandlungen über eine ganze Reihe schwebender Verkehrsprojekte, wie Schnellbahn von Solingen nach Elberfeld über Wohnort etc., eine Verkehrs-Kommission zu bilden, die sich mit einheimischen Angelegenheiten befassen soll; ein Organ für die Angelegenheiten fehlte bisher. Nach Ausführungen von anderer Seite seien im Kreis Weimann zahlreiche Projekte im Entwicklungsstadium bzw. in der Vorbereitung begriffen, außer der Solinger Schnellbahn Verbindungsprojekte nach der Ruhr, nach Essen, von Düsseldorf nach Wohnort, wie es in dem mit dem ersten Reich der Stadt Düsseldorf gefassten Entwurf „Eisenbahn-Verkehr“ ausgeführt sei, von Wohnort über Grotten nach Weimann und Duisburg. Dieser hätten sich dieses Gebiet allein die Handelskammern zugeeignet gemacht; der Kreis Weimann gehöre nur leider zu zwei Handelskammern zu Vennep und zu Elberfeld. Das Kollegium lehnt hierauf zur Wahl von Vertretern aus allen Bürgermeistereien des Kreises. Zu den Sitzungen der Verkehrs-Kommission sollen alle Bürgermeister des Kreises eingeladen werden.

Regelung der Sonntagsruhe.

Düsseldorf, 4. Febr. Der Verband der Ruydteilgesellschaften von Rheinland und Westfalen, der etwa 650 Mitglieder umfaßt, beschloß sich in seiner hier abgehaltenen Generalversammlung mit dem Geistesworte über

die Regelung der Sonntagsruhe im Handels-gewerbe, der gegenwärtig dem Reichstage zur Beratung vorliegt. Die Versammlung sprach sich gegen die Einführung der völligen Sonntagsruhe aus, da hierdurch der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand in seiner Existenz bedroht werde. Eine mindestens dreistündige Verkaufszeit an Sonntagen müsse unbedingt verlangt werden, ferner das Juweliergewerbe und die Weinhandlung von sechs Sonntagen für einen erweiterten Geschäftsbetrieb. Weitere Anträge, als sie der Geistesworte bereits enthalte, könnten vom Reichshandelsrat unter keinen Umständen gemacht werden. Der Vorstand des Verbandes soll Schritte in die Wege leiten, um möglichst bald eine Kundgebung des ganzen Mittelstandes zu dem Geistesworte über die Regelung der Sonntagsruhe zu veranstalten. Man denkt an eine entsprechende große Versammlung in Berlin, die von allen in Betracht kommenden Organisationen beschickt werden soll.

Ein Spielerprozeß.

Adm. 4. Febr. Ein großer Spielerprozeß fand vor der hiesigen Strafkammer statt. Angeklagt waren die Kaufleute Weinberg, Rathen, Venn und David, sämtlich in Köln wohnhaft. Sie hatten mit Hilfe von Schleichern einer großen Anzahl von Personen aus Köln, Frankfurt und dem Oberhessen bedeutende Summen abgenommen. Manche Leute hatten an einzelnen Abenden 20.000 Mark verloren. Als Sachverständiger war der Kriminalkommissar v. Montessell aus Berlin geladen, der interessante Darstellungen über die Spielergebnisse gab und mitteilte, daß er selbst Stunden hindurch mit notorischen Wahlspielern zusammen gespielt habe, ohne daß es ihm gelungen wäre, die Ganner zu entlarven, während sie ihm 1200 Mark abnahmen. Das Gericht verurteilte Weinberg zu sechs Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, Rathen zu drei Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, Venn wurde freigesprochen. Das Verfahren gegen David wurde abgebrochen, weil er nicht zum Termin erschienen war.

Wetterbericht vom 5. Februar

Beobachtungen der meteorologischen Station Elberfeld.

Februar	Windrichtung	Windstärke	Temperatur	Luftfeuchtigkeit	Wasserdruck	Luftdruck	Wasserstand	Wasserdruck	Wasserstand
4. 2. nachm.	SW	2-3	8,6	86	1014,5	1014,5	4,9	50	—
5. 2. abm.	SW	1-2	8,0	80	1015,0	1015,0	4,9	50	—
5. 2. vorm.	SW	1-2	9,1	91	1015,0	1015,0	4,9	50	—
Höchste Temperatur des gestrigen Tages:									8,8
Niedrigste der vergangenen Nacht:									-0,1
Höchst. des Barometers während der letzten 24 Stunden:									1015,0
Das Barometer steht hoch und ruhig.									

Wetterdienststelle Nachen.

Vorausichtliche Witterung in Westdeutschland am 6. Februar.

Keine wesentliche Witterungsänderung.

Familien-Nachrichten

Königl. Standesamt Elberfeld.

Zeichensingen.

4. Februar. Otto Gerold, Rentner, 61 J., Willemsstr. 15. — Emma Müller, Schneiderin, 62 J., Reichstr. 2. — August Klotz, Rentner, 70 J., am Thurn 26. — Marie Maria gen. Emma geb. Dell, 54 J., Oberstr. des Hdt. Arbeiters Johanna Kewall, Gellstr. 29. — Marie geb. Grotzheim, 60 J., Oberstr. des Hdt. Arbeiters Wilhelm Kewall, Gellstr. 57. — Gustav Trautz, 59 J., Kottstr. 68.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Dienstag den 3. Februar, abends 6 1/2 Uhr, entschlief sanft und gottgegeben nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwager, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Gustav Dralle

im 60. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Marie Dralle geb. Klare.

Elberfeld, Körnerstr. 68, den 4. Februar 1914.

Die Beerdigung findet am Freitag den 6. Febr. nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des luth. Friedhofes am Breiten aus statt.

Radioaktive Hautcreme!!

Hervorragend bei Gesicht- und Hautpflege.

beseitigt Mitesser, Pickel, Unreinheiten und unregelmäßige Haut.

Verjüngt das Gesicht bei Massage in ungehörter Weise, ist unentbehrlich bei Frost- u. sonstigen Hautschäden. Preis pro Topf 3 Mk. Versand nach allen Städten nur durch J. August Tripp, Spezialist, Elberfeld, Sophienstraße 18.

Trauerhüte
in allen Preislagen
Fleischhacker
ELBERFELD
HERZOGSTR. 25
Telefon 4537
Größte Auswahl

Handels-Regulier

des Amtsgerichts Elberfeld

In unser Handelsregister ist eingetragen:

I. am 26. Januar 1914

in Abt. B unter Nr. 13 bei der Firma „Exhibition- und Lagerhaus Aktien-Gesellschaft“ mit dem Sitz in Aachen und Zweigniederlassung in Wohnort

Nach dem Beschluß der Generalversammlung vom 8. Januar 1914 ist das Grundkapital von 750.000 Mark erhöht worden. Die Erhöhung ist erfolgt und beträgt das Grundkapital jetzt 2.000.000 Mark. Nicht eingetragen ist: Die Erhöhung des Grundkapitals von 750.000 Mark ist erfolgt durch den Anhaber lautenden Aktien zum Nennwert von je 1000 Mark.

II. am 28. Januar 1914:

in Abt. A unter Nr. 170 bei der Firma Conrad Peil, Elberfeld. Die Firma und die Personen des Max C. A. Böder in Elberfeld und des Johannes Rindern in Barmen sind erloschen.

III. am 29. Januar 1914:

in Abt. A unter Nr. 2425 bei der Firma Cuenet & Söhne, Elberfeld. Die Firma und die Personen des Kaufmanns Oscar Beder in Elberfeld ist erloschen.

2. in Abt. A unter Nr. 2572 bei der offenen Handelsgesellschaft „Rico Rico Bedarfs-Gesellschaft Otto König & Co., Elberfeld. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer Kaufmann Otto König in Elberfeld ist alleiniger Inhaber der Firma. Die dem Kaufmann Peter Bräuer in Elberfeld erteilte Procura ist erloschen.

3. in Abt. B unter Nr. 30 bei der Firma Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld. Die den stellvertretenden Direktoren Dr. jur. Otto Grün, Dr. Hans Arndt, Dr. Dürer und Dr. Max Jorans, sämtlich zu Elberfeld,

bereits erteilte Gesamtprocura für die Hausbank in Elberfeld ist dahin erweitert worden, daß die Genannten berechtigt sind, sowohl die Firma der Hausbank als auch sämtliche Firmen der Zweigniederlassungen gemäß Artikel 16 des Gesellschaftsvertrags zu vertreten.

4. in Abt. B unter Nr. 1828 bei der Firma Nach & Müller, Elberfeld, mit beiderseitiger Stellung in Elberfeld. Die Gesellschaft ist durch Beschluß vom 6. Januar 1914 aufgelöst und in Liquidation getreten. Der bisherige Geschäftsführer Johannes Müller ist zum Liquidator bestellt.

IV. am 30. Januar 1914:

in Abt. A unter Nr. 2804: die Firma Albert Müller, in Wohnort, und als deren Inhaber Kaufmann August Müller, in Barmen.

V. am 31. Januar 1914:

in Abt. A unter Nr. 956 bei der Firma 2. O. Schnier, Elberfeld. Der Kaufmann Karl Schnier in Elberfeld ist Prokurist.

Königl. Amtsgericht, Elberfeld.

Rechtsanmeldung.

Die Erd-, Maurer- und Steinbauarbeiten für ein Stellwerksgelände auf Bahnhof Elberfeld-Steinbeck sollen vergeben werden. Zeichnungen und Bedingungen liegen im hiesigen Verwaltungsgebäude, Zimmer Nr. 128, aus Tas. Verdingungsamt gegen freie Einsendung von 1.00 Mk. von dem Vorsteher unserer Kanzlei zu beziehen. Angebote sind verpackt und mit der Aufschrift: „Registrierung V. 1623“ Angebots-Stempel St. Elberfeld-Steinbeck, versehen, bis 20. Februar, vormittags 10 Uhr, postfrei an uns einzuenden. Die Eröffnung erfolgt an diesem Zeitpunkt im hiesigen kleinen Sitzungssaal.

Die Aufschlagsfrist läuft ab am 20. März 1914.

Elberfeld, den 29. Jan. 1914.

Königliche Eisenbahndirektion.

Angebote!

Die Eheleute Gabriel Jadoz und Bertha geb. Cohen in Rotterdam, Rathenferlaan 2154, haben das Angebot der Teilkaufveräußerung Nr. 221 über 1000 Mk. — einstufigen Mark — der Rheinisch-Westfälischen Raiffeisenbank in Dornum vom 1. Dezember 1907, von welcher die Eheleute Gabriel Jadoz zu Rotterdam Eigentümern, zu beibringen.

Der Inhaber der Refusur wird aufgeführt, patentes in dem auf den 26. August 1914, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Sitzungssaal, Zimmer Nr. 6, anberaumten Auktionsstermin feilbieten anzuweisen und die Refusur vorzulegen. Hiergegen ist die Refusurklärung der Refusur zu erfolgen.

Weimann, den 2. Febr. 1914

Königliches Amtsgericht.

Refusur.

Der Gerichtsschreiber des

Königl. Amtsgerichts.

Poquin, Gerichtsschreiber.

Geld-Angebote

200.000 bis 300.000 Mk.

zu vergeben

auf erste und zweite Hypothek. Dauer-Ankauf u. Verf. vermittelt. Off. unter B 6735 an die Exp.

Hypothek-Kapitalien

1. u. 2. Stelle zu vergeben. Off. nach Postfach 64, Gb.

Geld-Gesuche

Weg. Abn. umm. 2. Hypothek. 2000 Mk., gef. Rem. verbriefen. Off. u. B 1575 an Exp. 33150

140-150.000 Mk.

1. Hypothek gef. Tage 20.000 Mark. Mietz. 15.000 Mk. Neubau, beste Lage in Elberfeld. Off. u. B 1416 an Exp. 3315

40.000 Mark

1. Hyp. ver. bold, auch in Raten, oder wer gibt Baugeld? Offert. unter B 6014 an die Expedition Barmen, Reuterweg 41/43.

40.000 Mark

zum Teil auf nicht beliehene, 3. Teil auf 2. Hypothek. schied. weitere Immobilien sind zum größten Teil nicht bel. u. bel. bel. Offert. unter B 1570 an die Exp. 33154

30.000 Mark

gegen hohe Raten u. vollst. Sicherstellung des Kapitals. — Offert. unter B 547 an die Exp. B. Reuterweg 41/43.

25-26.000 Mk.

auf 1. Stelle auf best. Etagen-Wohnhaus in guter Lage von pünft. Hausbesitzer f. 1. Juli ced. früher gef. Off. u. B 6550 an Exp. B. Reuterweg 41/43.

15.000 Mark auf 1. Hyp.

aus Ablosung auf best. Wohnhaus per 1. April gef. Off. u. W B 50 an die Filiale d. 24. in Weibert. a122

12.000 Mk. 1. Hyp.

od. 6000 Mk. 2. Hyp.

auf ein ca. 20 Morg. groß. Gut mit aufst. aut. Wohnhaus gef. Off. unter B 6594 an die Exp. Barmen, Reuterweg 41/43.

Einwickelpapier

in Lagen und Rollen, passend für Kolonialwaren-etc. Sendungen, in größ. Mengen sehr billig

abzugeben. Näheres Elberf. Kaiserstraße 50.

Mergentheimer Karlsquelle

ist das seit Jahrzehnten hervorragend bewährte, rein natürliche Heilmasser

bei Zuckerkrankheit, Fettsucht, chronischer Verstopfung, Gallensteinen, Leberleiden, Magen- und Darmkrankheiten, Gicht etc.

Hauptniederlage Elberfeld: Rich. Jacobi, G. m. b. H.

erhältlich durch Apotheken, Drogerien, Mineralwasser-Handlungen etc. oder direkt durch die

Kurverwaltung Bad Mergentheim.

Hauptniederlage Elberfeld: Rich. Jacobi, G. m. b. H.

8100

Vergnügungs- und Vereins-Anzeiger.

(Kühnheit in den betreffenden Angaben.)

Elberfeld.

Tischler-Handwerker. Sonntag Generalversammlung des Vereins. Reden: Herr Dr. ...
Instrumentalverein. Jeden Freitag 8 1/2 Uhr Probe ...
Kabarett von Tel. Reumarkt. Neues Programm ...
Salomon. Galspiel der Blüthen-Purloien ...
Stadtheater. Freitag: Willen's Experiment ...
Stadtheater. Heute: „Raisso“ und „Cobaltaria“ ...
Thalia-Theater. „Hochberichterl. Wohnungen“ ...
Thalia-Restaurant. Täglich Konzert.

Barmen.

Stadtheater. Heute 8 1/2 Uhr „Moral“, Komödie ...
Vergnügungspalast (Groß-Barmen). Täglich Konzerte ...
Villa Rurmbach. Spiegelgalerie Eröffnung.

Stadterordneten-Versammlung in Barmen.

Barmen, 5. Februar.

Oberbürgermeister Dr. Hartmann eröffnete die öffentliche Sitzung der gestrigen Stadterordneten-Versammlung mit dem Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten im Jahre 1913.

Er führte dazu aus: Wenn ich in wirtschaftlicher Beziehung einen Rückblick auf das abgelaufene Jahr werfe, so muß ich mit Bedauern sagen, daß die Lage des wichtigsten Teils unserer Industrie, der Textilindustrie, sich nicht gebessert hat.

Nach immer hat ein großer Teil unserer Fabrikanten unter der Last der Mode zu leiden. Glücklicherweise kann ich aber auch wiederum in diesem Jahre berichten, daß durch die Bielefelder Textilindustrie das Bild kein einheitliches war, das manche Zweige normal beschäftigt waren und einzelne sogar gute Verdienste lieferten konnten. Vor allem möchte ich das eine hervorheben: daß, wenn auch noch die Röhren der Kranenfabriken und des Arbeitens, welches die

Arbeitslosigkeit abgenommen

hat, das doch nicht in dem Maße erfolgte, wie es befürchtet wurde, und daß dank der Einsicht unserer Fabrikanten durch die Verkürzung der Arbeitszeit es möglich wurde, der Entlassung einer größeren Anzahl von Arbeitern vorzubeugen. Unzweifelhaft haben neben der Ungunst der Mode auch die Verhältnisse des Geldmarktes, der fast das ganze Jahr hindurch einen Diskontsatz von 6 Prozent aufwies, hemmend eingewirkt, und sie sind zugleich mitbestimmend dafür, daß die Bautätigkeit

Bautätigkeit

sich gegen das Jahr 1912 stark verringert hat. Während im letzten Jahre die Zahl der fertiggestellten Wohnhausneubauten 245 betrug, sank diese Zahl im Jahre 1913 auf 146. Ebenso hat sich die Zahl der Genehmigungen für gewerbliche Bauten verringert, und zwar von 42 auf 28. Allerdings ist trotz des Rückganges im Wohnungsbau die Wohnungssituation

Wohnungssituation

weiter gestiegen — von 1,68 auf 2,28 Prozent —; das hängt damit zusammen, daß die Bevölkerung sich im vergangenen Jahr nur unwesentlich vermehrt hat.

Sparhypothek

Sparhypothek dazu kam, wie wir sie seit langer Zeit nicht gehabt haben, und daß insbesondere die Verschärfung zweier Hypotheken auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stieß. Durch die gespannte Lage des Geldmarktes mußte sich leider auch unsere Sparkasse in der Vergabe von Sparhypotheken eine gewisse Zurückhaltung auferlegen und konnte die ständige Veranlassung nach weiterer Eröffnung der Frage nicht näher treten, ob die Stadt die Vergabe zweier Sparhypotheken in den Bereich der kommunalen Tätigkeit ziehen sollte.

Städtischen Bauten

angeht, so ist auf dem Gebiet des Hochbaus zu erwähnen, daß der Bauplan des neuen Rathauses, nachdem die Ausschachtungsarbeiten bei überaus günstiger Witterung glatt vorangetragen, mehr und mehr emporwächst, und daß der Bau der großen städtischen Volksschule in der Kreuzstraße in einigen Monaten seiner Vollendung entgegensteht.

Auf dem Gebiet des Straßenbaues

hat die Herstellung geräuschmindernden Pflasters derart zugenommen, daß in nicht allzulanger Zeit, vielleicht in zwei Jahren, die Bewohner der ganzen Altstadt dieser Annehmlichkeit teilhaftig werden. Hinsichtlich des Kanalbaues ist zu be-

merken, daß die Weiterführung des Kanalbaues in ruhigen Bahnen sich vollzieht. Dagegen ist, wie Sie wissen, die

Frage der Wupperreinigung

in ein neues Stadium dadurch getreten, daß auf freiwilliger Grundlage der Wupperverband sich gebildet und die Reinigung der Wupper in die Hand genommen hat. Welche Vorstöße gemacht werden, steht noch dahin; das hängt von dem Gutachten ab, das augenblicklich ausgearbeitet wird. Aber die immer wieder von uns aufgestellte Behauptung ist durch die vorgenommene Wupperreinigung klar dargelegt, daß die oberen Anlieger schon in erheblicher Weise die Wupper verschmutzen und die Verunreinigung bis an die Mündung hinunter fortgesetzt wird.

Ein Bild fortschreitender Entwicklung

meine Herren, bieten unsere städtischen Betriebe. Abgesehen von der Badeanstalt, die in Folge der ungenügenden Witterung einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen hat, weisen sämtliche Betriebe eine erfreuliche Steigerung in ihren Zahlen auf. Das trifft nicht nur bei der Abgabe des Wassers zu — was ja hauptsächlich auf die Antriebskräfte der Schiffshebewerke zurückzuführen ist —, das gilt auch von den Wasser- und Lichtwerken, bei denen die Abgabe von Strom und Gas erheblich zugenommen hat, und das erstreckt sich auch auf die Straßenbahn, die fast auf ihren sämtlichen Linien eine Erhöhung der Zahl der beförderten Personen aufzuweisen kann.

Wie Sie aus der Tagesordnung ersehen haben, soll, nachdem der Vertrag mit der

Straßenbahn Betriebsgesellschaft

zufande gekommen ist, der Linienverkehr im Interesse des Publikums durchzuführen und der Ausbau der von Ihnen bereits beschlossenen Straßenbahn-Linie bis zur Kohlenstraße in Angriff genommen werden. Dieser Ausbau ist als besonders dringend zu bezeichnen, weil die Ananspruchnahme des Straßenbaues im vergangenen Jahre erheblich zugenommen hat und die Zahl der Verpflegungstage von 132.865 auf 153.658 gestiegen ist.

Schulwesen

übergehe, so möchte ich nur einen Punkt als wichtig herausheben, der bei der Beratung des vorjährigen Etats eine Rolle gespielt hat: die Trennung der Geschlechter.

So sehr die Maßregel beipflichtet wurde, so allzu sehr hat sie sich vollzogen. Ich bin natürlich nicht in der Lage, heute schon ein Urteil darüber abzugeben, wie diese Maßregel in erzieherischer Hinsicht gewirkt hat. Aber wenn von den Streichen, die die Trennung der Geschlechter nicht wünschten, jetzt schon behauptet wird, daß sie in ständiger Beziehung nachteilig wirkte, so muß ich diese Behauptung als eine solche bezeichnen, die in keiner Weise durch irgendwelche Unterlagen gerechtfertigt wird. Es mehren sich vielmehr, auch aus pädagogischen Kreisen, die Stimmen, die die Trennung der Geschlechter gerade in erzieherischer Beziehung als notwendig freudig begrüßen. Im übrigen hat die von uns in Aussicht gestellten Vorteile sämtlich eingetroffen. Die bereits in dem Etat des Jahres 1913 abgelehnten 70.000 Mark sind wirklich erspart. Aller Wahrscheinlichkeit nach beträgt sogar die Ersparnis noch 15–20.000 Mark mehr. Ferner ist die von uns in den Vordergrund gestellte Vereinfachung des Stundenplanes völlig eingetreten; die doppelstündigen Klassen sind sämtlich beseitigt, und es hat ein Ausgleich zwischen den überfüllten und schwach besetzten Klassen stattgefunden, so daß unter den rund 500 Klassen, die wir haben, sich nur noch 18 befinden, die ein Schülerzahl von 60 bis 65 aufweisen. Ihr vorgeschlagter Beschluß hat also einen nach jeder Richtung hin zu begrüßenden Fortschritt im Gefolge gehabt. Auch sonst hat die Entwicklung unseres Volksschulwesens insofern angehalten, als die Durchschnittsziffer wiederum gefallen ist: sie sank von 51,7 auf 50,3 und wird sich nach weiter sinken, wenn der Bau der Volksschule in der Kreuzstraße in Benutzung genommen ist. Allerdings ist vom allgemeinen Standpunkte aus der Umstand zu bedenken, daß die

Zahl der Volksschulkinder

in Barmen nicht mehr so sehr, sondern in wachst. Allen Anzeichen nach hängt dies mit dem Rückgang der Geburten

zusammen, der ja seit längerer Zeit in erschreckender Weise bei uns besteht. Wenn wir bedenken, daß im Jahre 1904, als Barmen 19.000 Einwohner weniger zählte als jetzt, die Zahl der Geburten um 1472 höher war als 1913, so muß doch diese Tatsache jeden nachdenklich stimmen, denn die Tragweite dieser Erscheinung nach den verschiedenen Richtungen hin voll zum Bewußtsein kommt. Und das Unerschrockene dieser Erscheinung wird zwar gemildert, aber nicht beseitigt dadurch, daß die Sterblichkeit im letzten Jahre wiederum zugenommen hat: sie ging auf 1000 und auf 1000 berechnet, von 11 auf 10,3 zurück bei einer

Bevölkerung, die am 1. Januar 1914 die Zahl von rund 172.000 Personen umfaßt.

Meine Herren, bezüglich aller weiteren Einzelheiten darf ich wohl auf den gedruckten Verwaltungsbericht verweisen, der Ihnen demnächst zugehen wird. Ich möchte nur das eine noch darauf hervorheben, daß das Jahr 1913 ein rühmendes Zeugnis ablegt für den

wohltätigen und sparsamen Sinn

unserer Bürgerheit. Hat es uns doch über eine Million Mark an Entlastungen gebracht!

Ich gebe nun zum Etat über und weise zunächst darauf hin, daß Sie bereits festgelegt haben, in welcher Weise die Überschüsse von 1912 verwandt werden sollen. Wie sich die Abkürzungen im einzelnen zusammensetzen, das wird Ihnen die Jahresrechnung für 1912, die Ihnen bei der zweiten Sitzung unseres neuen Gaus vorzulegen werden wird, vor Augen führen. Selbstverständlich taucht jetzt sofort die Frage auf, wie das laufende Etatsjahr 1914 ausfallen wird. Nun, das eine kann ich schon heute sagen, daß das Jahr günstig abgehen wird.

überschüsse bringen

wird, die ich vorläufig auf 300.000 Mark veranschlage habe. Vor allem läßt sich aber mit Sicherheit behaupten, daß die 200.000 Mark, die wir zur Bilanzierung des vorjährigen Etats eingelegt haben, nicht gebraucht, sondern erspart werden.

Treue an und für sich günstige Ergebnis ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Abkürzung zu größerer Sparsamkeit, die immer wieder ergangen, befolgt worden ist, und unter dem Druck dieser wiederholten Mahnung ist auch der Etat für 1914 aufgestellt worden. Dadurch, daß unter Berücksichtigung der in den Vorjahren 1912 und 1913 gemachten Erfahrungen die Einsparnisse vorläufig gebildet, die notwendigen Ausgaben eingelegt, aber die nur wünschenswerten Einrichtungen vorläufig zurückgestellt wurden, ist es gelungen, den Mehrbedarf auf ein Minimum zu beschränken. Infolgedessen zeigen die Einzelkassen eine nur geringe Abweichung gegen das Budget. Der Betrag des durch Gemeindefürsorge zu bedeckenden Bedarfs erhöht sich allerdings um 157.000 Mark. Von dieser Summe entfallen jedoch 26.000 Mark auf die normale Steigerung der Gehälter und 117.000 Mark auf die außerordentliche Erhöhung der Gehälter und Löhne, die von Ihnen bereits beschlossen worden ist.

Von großer Bedeutung für unseren Etat sind, wie Ihnen bekannt, die Wasser- und Lichtwerke. Erzieherische zeigen die Gasanstalt und das Elektrizitätswerk eine fortwährende Entwicklung hinsichtlich ihrer Überschüsse, während beim Wasserwerk der Überschuß um 50.000 Mark zurückgegangen ist, weil die Verzinsung und Tilgung des Bankbaus der Schiffshebewerke inzwischen voll in die Erhebung getreten ist und die Grundgebühr im Interesse der Hausbesitzer eine Ermäßigung erfahren hat, durch die ein Einnahmefall von rund 15.000 Mark entsteht. Auch bei den Strompreisen des Elektrizitätswerkes haben wir da, wo es am nötigsten erschien, eine Ermäßigung eintreten lassen; wir haben den Ladenbesitzern den billigen Strompreis, den sie für die Außenbeleuchtung bisher zahlten, auch für die Innenbeleuchtung der Schaufenster gewährt, und wir haben den kleinen Handwerksbetriebe, die ja am meisten durch die Unruhm der Geschäftslage betroffen werden, einen besonderen Rabatt von 20 Prozent für die Jahre 1913 und 1914 zuerkannt lassen, der für jedes Jahr die Summe von 26.000 Mark ausmacht.

Sie sehen also, daß wir, trotz der gespannten Lage unseres Gaus, Ermäßigungen vorgenommen haben, wo es möglich war. Zu meinem Bedauern ist es aber nicht angängig, auf eine Steuerquelle zu verzichten oder ihren Ertrag wesentlich zu verringern. So gern wie ich z. B. die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent vorschlagen würde, vorläufig ist es nicht möglich, und dieser Wunsch muß auf die Zukunft verschoben werden.

Meine Herren, keiner von uns weiß, wie sich unsere finanziellen Verhältnisse demnächst gestalten werden, zumal dies in der Hauptsache von dem Beschäftigungsgrad der Industrie abhängig ist. Wenn, wie wir hoffen, der Steuerrückgang nicht groß oder etwa gar nicht eintreten wird, so wird es vielleicht möglich sein, daß die 200.000 Mark, die wir wiederum dem Ausgleichsfonds entnehmen wollen, wie im laufenden Jahre, so auch 1914 nur auf dem Papier eintreten. Sollte das aber nicht der Fall sein, so ist doch ein Grund zur Besorgnis nicht vorhanden. Mit dem Grundsatz der richtigen angewandten Sparsamkeit, den wir weiter befolgen werden, und der Rüdenbedeckung durch die Fonds, die wir glücklicherweise aus den hohen Überschüssen der Vorjahre angesammelt haben, dürfen wir getrost der Zukunft entgegen sehen. (Lebhaftes Bravo.)

Darum wurde in die Beratung des

Barmen Haushaltsplans 1914

eingetreten. Er schließt nach dem Entwurf in Ein-

nahme und Ausgabe mit 19.715.866,39 Mark ab, gegen den Etat des laufenden Etatsjahres, der mit 19.132.884,73 Mark balancierte, bedeutet das eine Steigerung von 582.981,66 Mark. Nach dem Hauptetat erfordern Zuschüsse die Allgemeine Verwaltung 913.100 Mark (gegen 903.800 Mark im Jahre 1913), das Gymnasium 94.750 Mark (98.600 Mark), Realgymnasium 84.100 Mark (80.600 Mark), Oberrealschule 75.840 Mark (77.840 Mark), Realschule 56.700 Mark (49.726 Mark), Lehrerbinnenanstalt 14.350 Mark (13.550 Mark), Mittelschule 6940 Mark (14.970 Mark), Oberbarmen Lyzeum mit Oberlyzeum (Frauenschußklassen) 16.610 Mark (12.380 Mark), Unterbarmen Lyzeum mit Studienanstalt 15.250 Mark (19.850 Mark), obligatorische gewerbliche Fortbildungsschule 66.000 Mark (60.000 Mark), obligatorische kaufmännische Fortbildungsschule 8130 Mark (7400 Mark), Handelschule für Mädchen 2200 Mark (1600 Mark), Handwerker- und Kunstgewerbeschule 77.762 Mark (76.408 Mark), Freizeithöhere Nachschule für Textilindustrie 56.142,50 Mark (56.592,50 Mark), Anstalt der Stadt zur Baugewerkschule und zur Maschinenbauschule je 12.000 Mark (je 12.000 Mark), Volksschulen 1.721.800 Mark (1.692.800 Mark). Die gesamte Schulverwaltung erfordert 3.232.67,50 Mark (3.197.116,50 Mark). Ferner erfordern Zuschüsse die Armenverwaltung 582.900 Mark (563.700 Mark), die Armenanstalten 218.340 Mark (203.250 Mark), die Bauverwaltung 965.000 Mark (892.600 Mark), die Bauverwaltung 43.750 Mark (40.800 Mark), die Polizeiverwaltung 690.300 Mark (683.300 Mark), das Feuerlöschwesen 185.000 Mark (185.400 Mark), Leistungen für Zwecke des Reiches, Staates und der Provinz 503.200 Mark (491.700 Mark), die öffentliche Beleuchtung 189.100 Mark (182.000 Mark), die Bibliotheksverwaltung 25.700 Mark (24.800 Mark), Barmen Straßenbahn 51.110 Mark (42.310 Mark), Kur- und Schwimmbad 15.900 Mark (14.800 Mark), Theater 148.800 Mark (143.200 Mark), das Schulwesen 2.303.000 Mark (2.374.500 Mark), die Fortbildungsschule 31.600 Mark (29.600 Mark). Zur Erhöhung der Gehälter und Löhne sind eingelegt 117.000 Mark.

An Überschüssen weist der Etat auf: Die Gasanstalten 941.500 Mark (867.000 Mark), Wasserwerk 189.500 Mark (246.000 Mark), das Elektrizitätswerk 245.600 Mark (216.700 Mark), der Schlachthof 35 Mark (3900 Mark), der Viehhof 3540 Mark (10.550 Mark), 2 Prozent Anteil an der Brutto-Einnahme der Barmen-Elberfelder Straßenbahn (22.000 Mark (21.000 Mark), Anteil an dem Gewinn der elektrischen Straßenbahn Elberfeld-Königsberg 1300 Mark (1100 Mark), Straßenbahn Barmen-Schweinf.-Mülpe 160 Mark (15.950 Mark), Gemeindefürsorge 7.625.139,50 Mark (7.466.876,50 Mark), Einnahme aus dem Ausgleichsfonds 200.000 Mark (200.000 Mark).

Dem Etat der Allgemeinen Verwaltung regte Stadterordneter Stahl die Errichtung einer besonderen Gruppe für die Dienstboten bei der Straßenbahn.

an, damit für die Dienstboten, bei denen eine geringe Krankheitsgefahr vorliegt, geringere Beiträge gezahlt zu werden brauchen. Der Beschluß, von der Errichtung einer Landfranken-Lasse abgesehen, sei von den Stadterordneten einstimmig etwas vorläufig gefaßt worden.

Stadtschaffner B. d. entgegnete: Die Schaffung einer Landfranken-Lasse war in Barmen unmöglich, weil die Barmen-Fabrikanten in diesem Falle für die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden jährlich etwa 120.000 Mark Beiträge an die Landfranken-Lasse hätten zahlen müssen und dann gar keine oder fast gar keine Barmen-Hausgewerbetreibenden hätten beschäftigen können. Die Schaffung einer Landfranken-Lasse wäre also gleichbedeutend mit dem Ruin unserer Hausindustrie gewesen. Die Beiträge sind übrigens in Barmen niedriger als in fast allen anderen Großstädten; denn sie richten sich größtenteils danach, wie hoch das Versicherungsamt die Sachleistungen (Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Unterhalt) bewertet. Das Versicherungsamt Barmen hat den Jahreswert dieser Sachleistungen nur auf 400 Mk. bemessen, während dieser Wert z. B. in Düsseldorf auf über 600 Mark und in Essen auf über 700 Mark bemessen worden ist.

Oberbürgermeister Dr. Hartmann sagte zu, die Anregung im Auge zu behalten, zurzeit sei die Errichtung einer Landfranken-Lasse nicht möglich.

Beim Etat des Gymnasiums wies Stadterordneter Eberle darauf hin, daß die Oberprima des Reformgymnasiums nur 6 Schüler aufweise, und warf die Frage auf, ob nicht eine Vereinigung dieser Klasse mit der des Reformgymnasiums stattfinden könnte.

Oberbürgermeister Dr. Hartmann bezeichnete dies wegen des unterschiedlichen Unterrichtsplanes beider Schulen für unmöglich.

Stadterordneter Dr. Vorstehers warf die Frage auf, ob sich am Gymnasium Unter- und Oberprima nicht vereinigen ließen.

Beigeordneter G. u. Sch. m. n. sagte zu, diese Anregung im Auditorium erörtern zu lassen.

Schul - Anzüge

besonders stark.

Konfirmanden-Anzüge
mit langen und kurzen Hosen.
Neueste Stoffe.
Neueste Formen.

H. & L. Fritzsche

Elberfeld, Wall 32. — Telefon 303.

Herren-Kleidung jeder Art.

Beim Etat der Handelschule für Mädchen begrüßte Weigert den Vorsitzenden der Verwaltung auf Einführung der Fortbildungsschulpflicht für die weiblichen kaufmännlichen Angestellten.

Er führte u. a. aus: Die Stadtverordnetenversammlung hat sich seit Jahren regelmäßig mit der Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf die weiblichen kaufmännlichen Angestellten beschäftigt. Die letzte Verhandlung darüber hat bei der Stadtverordnetenversammlung für 1913 stattgefunden, und wenn die Verwaltung damals bestimmte Stellung nicht genommen hat, so lag dies in erster Linie daran, daß die Kaufleute noch nicht völlig geklärt war, bei der Einführung der Fortbildungsschulpflicht für die weiblichen Angestellten noch beschleunigt werden mußte. Eine sorgfältige Prüfung hat ergeben, daß bei zweifelhafte Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf die weiblichen Angestellten die Kaufleute nicht zu beunruhigen sind, sondern sich mit Bestimmtheit verhalten werden, daß die Einführung der Fortbildungsschulpflicht für die weiblichen Angestellten von sich aus einen Neubau neuer Anlagen noch beschleunigen würde. Als somit das hauptsächlichste finanzielle Bedenken weggefallen, so kann für die Entscheidung nur maßgebend sein, ob die Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf die weiblichen Angestellten für diese als nützlich und notwendig anerkannt werden muß. Die Gründe, die dafür sprechen, sind so oft erörtert worden, die einzelnen Stimmen, die sich dafür erhoben haben, so bekannt, daß von einer Wiederholung in diesem Zusammenhang abgesehen werden darf. Sie lassen sich kurz dahin zusammenfassen, daß bei den steigenden Anforderungen, die das heutige Wirtschaftsleben insbesondere an die Frau stellt, die weibliche Jugend ebenso wie die männliche einer Vertiefung ihrer Schulbildung bedürftig ist. Unter diesem Gesichtspunkt verliert auch der einzig wirklich beachtenswerte Einwand, der vom Standpunkt der Kaufleute aus erhoben werden kann, seine Bedeutung, nämlich der, daß die kaufmännische Fortbildung für einen sehr großen Teil der weiblichen Jugendlichen nicht Lebensberuf, sondern nur eine Übergangszeit bis zur Heirat ist. Wenn die Gestaltung des Lehrplanes liegt, insbesondere auch durch die Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts, das Hauptgewicht auf die allgemeine Weiterbildung der Schülerinnen, und auch diejenigen Kenntnisse, die mit der Geschäftstätigkeit in Verbindung stehen, bilden zweifellos auch für die künftige Hausfrau, zumal in dem hier in Betracht kommenden Kreise, einen dauerhaften Gewinn für die Erfüllung ihrer häuslichen Pflichten und eine Stärkung ihrer Stellung in den Wirtschaftskämpfen des täglichen Lebens.

Auf der anderen Seite ist nicht zu verkennen und sehr wohl zu beachten, daß die Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf die weiblichen Angestellten für die Geschäfte, in denen sie tätig sind, eine Unbequemlichkeit und wohl auch eine Schädigung bedeutet. Die Gründe, die von diesem Standpunkt aus angeführt werden, können aber gegen jede Fortbildungsschulpflicht geltend gemacht werden, und sie machen sich hier nur unüberwindlich stärker fühlbar, weil es aus an sich berechtigten Gründen verneint werden muß, daß die Fortbildungsschulpflicht für die weiblichen Jugendlichen gleichgültig einzuführen und sich dadurch gewisse Nachteile in der Fortbildung herausgebildet haben. Aus diesem Grunde auf die Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht zu verzichten, würde sich nur dann rechtfertigen lassen, wenn die Schädigung des Handelsstandes dauernd oder wenigstens im Augenblick so groß wäre, daß sie von ihm tatsächlich nicht getragen werden könnte. Dies ist aber bei einer zweifelhafte Gestaltung des Stundenplans, wie sie hier vorgeschlagen wird, nicht zu befürchten; über die verbleibende unvermeidliche geringe Belastung werden die beteiligten Kreise aber ebenso hinwegkommen, wie es sehr wohl bei Einführung der Fortbildungsschulpflicht für die männliche Jugend geschehen ist. Man darf von dem Abschlusse unserer Kaufmannschaft, die in ihrer beruflichen Vertiefung, der Handelskammer, selbst die Urheberin aller Bestrebungen für die Fortbildung der kaufmännischen Angestellten in Barmen gewesen ist, das Zutrauen haben, daß sie dies kleine Opfer gern bringen wird.

Dah die die und da noch abgelehnt Beschlüssen unbegründet sind, sei das Beispiel der über 90 Städte im Reich, die im Jahre 1913 bereits kaufmännische Fortbildungsschulen für weibliche Angestellte hatten, unter denen Wiesbaden, Bonn, Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Saarbrücken, Berlin, Kassel, Charlottenburg, Frankfurt, Königsberg, Wiesbaden und Mannheim zu nennen waren. In diesen allen sind Schwierigkeiten nicht aufgetreten, die Schulen haben sich vielmehr in ihrer überwiegenden Mehrheit auch der eifrigen Förderung der kaufmännischen Fortbildung zu erfreuen. Um die Schwierigkeiten noch weiter zu vermindern, soll gleichzeitig die bestehende Fortbildungsschule für Mädchen in eine Handels- und Fortbildungsschule für männliche und weibliche Schüler umgewandelt werden, und es soll Voraussetzung für die Einführung der Fortbildungsschulpflicht sein, daß ein einjähriger Besuch dieser Fortbildungsschule, und zwar die männlichen unter gewissen Bedingungen, die jedoch die Geschäftstätigkeit nicht berühren, und die weiblichen mit Ausnahme des hauswirtschaftlichen Unterrichts im 2. und 3. Jahr besteht.

Von der Fortbildungsschulpflicht sollen alle in kaufmännischen und gewerblichen Betrieben mit kaufmännischen Arbeiten beschäftigten jungen Mädchen unter 18 Jahren betroffen werden, soweit sie nicht die Kenntnisse, deren Vermittlung das Verbot der kaufmännischen Fortbildungsschule darstellt, nachweisen können. Unter kaufmännischer Fortbildung ist sowohl die Arbeit im Kontor als auch im Laden zu verstehen. Die Fortbildung soll wie bei der männlichen Jugend mit dem Ende des sechzehnten Lebensjahres beginnen, in dem die Angestellte das 17. Lebensjahr vollendet hat.

Die Anstalt soll sich in die aufsteigende Klassen, Unter-, Mittel- und Oberstufe gliedern. Beim Aufbau des Lehrplans soll auf die besonderen Erfordernisse für die Berufstätigkeit der Kontoristinnen und Verkäuferinnen Rücksicht genommen werden. Demnach gebührt den Klassen in Kontoristinnen- und Verkäuferinnenklassen. In den Lehrplan ist auch der Hauswirtschaftsunterricht aufgenommen. In Klasse kommen ungefähr 30 Schülerinnen. Der Hauswirtschaftsunterricht soll mit einer Ausgabe von 14,50 Mark und einer Einnahme von 12,60 Mark, also

mit einem Zuschuß der Stadt von 1,90 Mark, ab für das erste Jahr in der Rechnung auf 1000 Mark veranschlagt. Dieser habe sich ein Einverständnis mit der Handelskammer nicht herstellen lassen. Die Handelskammer habe auf ihrem abgelehnten Standpunkt verharret. Die Finanzkommission habe sich mit großer Mehrheit gegen die Verlage ausgesprochen, weil sie aus den Gründen, die von der Handelskammer dagegen aufgeführt wurden, nicht zu überzeugen waren. Die Verwaltung wolle diese nur eine grundsätzliche Zustimmung.

Gemeinderat Holtenus wandte sich gegen die Einrichtung der Fortbildungsschulpflicht für die weiblichen kaufmännischen Angestellten und bat um die möglichst einstimmige Ablehnung. In der Handelskammer befanden sich 25 Leute, die einem gegenwärtigen gefaßten Beschlusse zustimmten. Gegen die Verlage sprachen, daß das weibliche Geschlecht nicht dazu geeignet sei, in eine solche Zwangsschule hineingeführt zu werden. Wohl 80 Prozent der Mädchen heirateten und weitere 9-10 Prozent gingen in andere Berufe über, es blieben also nur 9 bis 10 Prozent übrig, für die eine solche Anstalt nicht eingerichtet zu werden brauche. Die Aufmachung der Stadt über die Kosten sei sehr ruhig, an einen Zuschuß der Handelskammer sei nicht zu denken, und es werde sich auch bald die Notwendigkeit der Errichtung eines Neubaus ergeben.

Überbürgermeister Dr. Hartmann entgegnete, daß bisher von niemandem an dem gegenwärtigen Beschlusse der Herren von der Handelskammer geäußert worden sei, daß sich dieser Beschlusse aber in einseitiger Richtung bemerkbar mache und dabei die Interessen der Angestellten vernachlässigt würden. Gerade das Bestreben der Kaufmannschaft, mehr und mehr von der Einführung von Lehrlingen abzulehnen und Mädchen einzustellen, zwinge die Stadt zur Einführung der weiblichen Fortbildungsschule.

Auch Stadtverordneter Heumann verhielt sich der Verlage gegenüber ablehnend. Die weibliche Tätigkeit in kaufmännischen Geschäften könne er nicht mit Berufsarbeit identifizieren. Es sei nur eine vorübergehende Tätigkeit ohne beruflichen Charakter, und eine Förderung der weiblichen Erwerbstätigkeit, die durch die Schule eintreten werde, wolle er nicht. In industriellen Betrieben erfolge die Fortbildung der weiblichen Angestellten mehr mit mechanischen Arbeiten. Wie die Industrie seien auch die Kaufmannschaft und die Ladeninhaber gegen die Schule. Frankfurt habe nach Hamburg berichtet, daß es keinen Vorteil von der weiblichen Fortbildungsschule habe. Hamburg habe die Einrichtung der Schule auch abgelehnt. Er sei überzeugt, daß die große Anzahl der Stadtverordneten mit ihm darin einig sei, daß die Schule der Fortbildung der weiblichen Fortbildungsschule und auch die Zwangsschulpflicht für die Dienstboten sein werde. Stadtverordneter Heumann ist ebenfalls der Ansicht, daß durch die Schule große Aufwendungen erforderlich werden, und betonte, daß Barmen eine industriefreundliche Politik betreiben müsse. Nicht aus finanzieller ökonomischer und einseitiger Interessenpolitik bestimme er die Verlage, sondern weil sie den Angestellten zur größten Schädigung diene, da die Fortbildung der weiblichen Personen nur vorübergehend und einseitig sei. Das ganze Streben gehe von der modernen Frauenbewegung aus, die auch nach den Köpfen der Profuturisten und Direktoren strebe. Er wolle nicht hoffen, daß von dieser Seite auch der Überbürgermeister von seinem künftigen Siege gestört werde. Als Gegenstück hätten sich die Abendkurse für hauswirtschaftlichen Unterricht erwiesen. Diese Anstalten sollte man noch weiter ausbauen. Zu bedauern sei, daß Rektor Halb, der die Abendkurse im Leben geführt habe, nicht gehört worden sei. Sollte wider Erwarten sich im Kollegium eine Mehrheit für die Verlage ergeben, so würde er beantragen, die Handels- und Fortbildungsschule einzurichten.

Stadtverordneter Kerschbaumer trat für die Zwangsschule ein und hob hervor, daß man alles Interesse daran habe, den kaufmännischen Nachwuchs zu fördern und ihm Gelegenheit zu geben, etwas zu lernen, was er sich in den Geschäften wohl nicht aneignen vermöge. In bezug auf die Rückzahlungen der Staatsschulden, nach der 80 Prozent der weiblichen Angestellten beiträgen.

Stadtverordneter Beyer sprach sich ebenfalls für die Verlage aus und verwies besonders darauf, daß es mit Ausnahme des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, der ja gegen jede Frauenerwerbstätigkeit seinen Verband weiblicher oder männlicher Angestellter gebe, der nicht die Fortbildung für die weiblichen Angestellten verleihe. Gegenüber der Behauptung des Stadtverordneten Heumann, daß in Barmen die gesamte Prinzipalität, die Kaufleute, Kaufleute und Ladenbesitzer, gegen die Schule seien, betonte er, daß der Zentralverband, der seinen Sitz in Barmen habe, 1907 in einer Resolution für Einrichtung der weiblichen Fortbildungsschule an den Rhein, wo sie sich zur notwendig erweise, eingetreten sei. Der Verband Deutscher Waren- und Hausbauher habe bereits in einer ganzen Reihe seiner Betriebe eigene Fortbildungsschulen eingerichtet und damit die Notwendigkeit einer solchen Fortbildung anerkannt. Er sei gegen die Handels- und Fortbildungsschule, weil er der Meinung sei, daß neben der Praxis die Theorie einbezogen müsse und daß nicht zwei Gruppen von weiblichen Angestellten geschaffen würden, nämlich solche, deren Eltern es sich leisten konnten, ein Jahr auf den Verdienst ihrer Tochter zu verzichten, und solche, bei deren Eltern dies nicht möglich sei. Unter den selbständigen Kaufleuten gebe es 22 Prozent weiblichen Geschlechts, die vor der besten Ausbildung profitierten.

Direktor Kummel verlas auf eine Anfrage des Überbürgermeisters, daß die vorhandene kaufmännische Fortbildungsschule für die Schule ausreichen und daß durch die Errichtung der Schule der Neubau, der ja schließlich mal kommt, weder beschleunigt noch verlangsamt werde. Der Beschlusse, durch den die Fortbildungsschule ausgeschrieben wurde, sei mit allen gegen zwei Stimmen gefaßt worden. Als Gegenstück für die Verlage müsse er sich auch auf den Stadtverordneten Ratzen beziehen. Sommersemester Wahl habe ihm noch gesagt, daß viele kaufmännisch gebildete Mädchen Hausknechte heirateten. Seien diese Mädchen nicht ausgebildet, so bräken sie in die Ehe ein Kapital mit, das dem Kaufmann mehr wert sein könne, als ein paar Tausend Mark Geld. Eine

Fortbildungsschule habe sich gerührt, 542 Anmeldungen in einem Jahre erhalten zu haben. Ergebe sich eine solche Notwendigkeit der Ausbildung, dann sei es Sache der Stadt, diese zu ermöglichen. Wenn als Argument gegen die Schule angeführt werde, daß der Geschäftsbetrieb der Mädchen darunter leide, weil sie nicht mehr in den Handel kämen, so sei das eine reine Fiktion. Die weibliche Arbeit aber genommen habe, erhebe daraus, daß in 132 Geschäftsfaktoren nicht weniger als 122 weibliche und 166 männliche kaufmännische Angestellte gezahlt worden seien.

Stadtverordneter Schwartzner war ebenfalls gegen die Verlage, von der er sich den besten Nutzen nicht versprach. Die Ausbildung in Warenhäusern, von der gesprochen worden sei, sei freiwillig, aber eine zwangsweise Ausbildung könne er augenblicklich noch nicht verstehen. Die Bedeutung der Schule werde überschätzt. Die Verlage der Schule beispielsweise den Schülerinnen die Warenkunde besser vermitteln, als die Engros- und Ladengeschäfte, zumal die Mode so wechselte. In der Beschäftigung der Jugend könne man zu weit gehen (sehr richtig), die Jahre von 14-18 seien für die Entwicklung der Jugend die bedeutendsten, in diesen sollte sie auch jetzt noch neben der Fortbildung in den Geschäften mit dem Besuch der Schule belastet, und ihre kostbare freie Zeit solle so in Anspruch genommen werden. Gegen die Schule sprachen auch, daß die jungen Mädchen zwei Herren, ihren Prinzipalen und der Schule, dienen müßten. Sympathie wurde ihm ebenfalls entgegengebracht, wenn der Schulzwang bis zum 15. Lebensjahre ausgedehnt würde, sojagten als Zeile der Fortbildung; die jungen Leute würden dann mehr lernen, als es durch die Schule in den drei Jahren möglich sei. Die Barmen Industrie habe, um dem Personal Gelegenheit zur Erholung zu geben, den Samstagvormittag freigegeben. Diese Zeit gebe wieder verloren, wenn die jungen Mädchen in die Fortbildungsschule müßten.

Überbürgermeister Dr. Hartmann betonte, daß in der Schule Praxis und Theorie Hand in Hand gehen sollten. Was die Warenkunde anlangte, so solle die Schule beispielsweise über die Herkunft der Waren belehren. Arria sei die Ansicht Schwartzners, daß der Jugend durch Einführung der weiblichen Fortbildungsschule die kostbare Zeit weggenommen werde. Die kostbare Zeit werde vielmehr den Prinzipalen wegenommen, da die Schulstunden in die Geschäftsstunden fallen.

Stadtverordneter Oberle trat für die Verlage ein. Er habe nicht erwartet, daß die Schule eine solche Gegenrichtung im Kollegium gefunden hätte. Stadtverordneter Heumann habe gesagt, daß er alle Bestrebungen bestimme, die die weibliche Erwerbstätigkeit zu fördern geeignet seien. Die Schule sei aber die Konsequenz der weiblichen Erwerbstätigkeit. Auch die Frauenbewegung sei als Ursache der Verlage herangezogen worden. Diese Bewegung sei indes die natürliche Folge der ganzen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Eben weil die Frau mehr und mehr dazu getrieben werde, nach Selbstständigkeit zu ringen, sei die Frauenbewegung entstanden. Zu begrüßen sei, daß die Regierung versucht habe, nach der Richtung hin etwas fördernd einzugreifen und die Mädchen in ihrem Fortkommen bei der Erwerbstätigkeit zu fördern und zu stärken. Alle Einwendungen gegen die Schule seien von der Befürchtung der Belastung und Benachteiligung der Prinzipale diktiert. Man sehe aber außerordentlich schwarz. Barmen wolle doch mit den Schulen seinen Anfang machen, sie bestanden schon in einer ganzen Anzahl von Städten, so in der Nachbarstadt Elberfeld, Köln, Mannheim etc. Vermehrtes Wissen sei dazu angetan, den Menschen im wirtschaftlichen Kampfe zu stärken, zu fügen und zu fördern. Stadtverordneter Resper habe sich schon gegen die Handels- und Fortbildungsschule ausgesprochen. Er stelle den Antrag, aus dem geplanten Entwurf die Bestimmung zu streichen, wonach der einjährige Besuch der Handels- und Fortbildungsschule vom Besuch der Fortbildungsschule befreite solle.

Weigert trat der Anstalt entgegen, daß durch die Einrichtung der Fortbildungsschule junge Mädchen zum Ergehen des kaufmännischen Berufs veranlaßt werden könnten. Dies geschähe durch die mit der Schule verbundenen Leistungen ganz gewiss nicht. Steige die Zahl der kaufmännischen Angestellten, so würden die Verhältnisse dazu zwingen. Ohne den Haushaltsunterricht würde die Verwaltung dem Kollegium keine Vorlage über die Einrichtung der Schule unterbreiten haben.

Stadtverordneter Evertsbusch hielt den Zeitpunkt der Einführung der Verlage für schlecht gewählt. Nach Einrichtung der Angestellten- und Dienstbotenversicherung solle die Schule eine neue Belastung bringen. Er stelle den Antrag, die Beschlußfassung um ein Jahr zu vertagen.

Dem Stadtverordneten Dr. Roswinkel schien das Bedürfnis der Errichtung der Schule nicht nachgewiesen, solange die Kaufmannschaft und Handelskammer nicht dafür eintraten. Die bisherigen Fortbildungsschulen würden schon von manchen Seiten sehr unliebsam empfunden. Oft kamen Mütter und Eltern zu den Ämtern mit der Bitte, ihnen dazu zu verhelfen, daß ihre Kinder mal kurze Zeit vom Besuch der Fortbildungsschule entbunden werden. Dies gebe aber nicht, ohne daß eine Erkrankung feststeht.

Ein Schlußantrag, der hier von verschiedenen Seiten gestellt wurde, wurde angenommen. Es kam infolgedessen zur Abstimmung.

Der Antrag des Stadtverordneten Evertsbusch auf Vertagung um ein Jahr wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Auf den Antrag, grundsätzlich die Fortbildungsschule für weibliche kaufmännische Angestellte einzurichten, stimmten nur 14 Stadtverordnete, darunter die Sozialdemokraten ab. Der Antrag war also ebenfalls abgelehnt.

Beim Etat der Handwerker- und Kunstgewerbeschule regte Stadtverordneter Otto an, mit Rücksicht auf den hohen Zuschuß von 193,90 Mark, in der weiteren Ausdehnung der Schule etwas zu bremsen. Eventuell werde sonst auch noch ein

die Stadt auch für derartige Unterrichtszwecke Aufwendungen machen müsse. Die Anstalt sei für das Handwerk bereits von großem Nutzen gewesen. Stadtverordneter Otto erklärte, daß er die Bedeutung der Anstalt nicht verkenne, wiewohl man mit einzelnen Leistungen nicht in vollem Umfange zufrieden sein könne. Wenn man beispielsweise die heutigen Firmenbücher sehe, so müsse man bedauern, daß so etwas gelehrt werde.

Überbürgermeister Dr. Hartmann meinte bezüglich der Firmenbücher, daß diese Geschäftssache seien. Jedenfalls habe die Schule aber für viele Betriebe — er erinnerte nur an die Tischlerei und Buchdruckerei — hervorragendes geschaffen.

Überbürgermeister Dr. Hartmann schlug vor, noch den Volksrat zu beraten und damit die Verhandlungen abzubrechen.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten widersprachen aber, da die Zeit bereits vorgeschritten sei — die Uhr zeigte 7 1/2 —, die Erörterung einige Stunden in Anspruch nehmen und die Reihen der Stadtverordneten sich bereits lichten. Ein vollständiges Kollegium sei gerade der Beratung des Etats erwünscht.

Der Überbürgermeister meinte, daß man noch Zeit genug zur Beratung habe.

Bei der Abstimmung erklärte sich die Mehrheit des Kollegiums aber für Vertagung der Beratung auf heute, Donnerstag.

Vermischtes.

Ein Studentenwirt.

Ein Münchener Stadtrat richtete an einen Studenten der Universität folgenden Brief, der in der bayerischen Kammer verlesen wurde: Ein. Wohlgeborner! Ich offiziere Ihnen ein schön möbliertes Zimmer mit eigenem Eingang bei gebildeter Familie, dem Hausherrn selbst, zum Preise von 13 Mark monatlich. Vollkommen ungekocht. Sie können im Zimmer auch bezüglich aller Besuche bei Tag und Nacht tun, was Ihnen beliebt. Von morgens 6 bis abends 9 Uhr sind Sie fast ausschließlich allein in unserer Wohnung des ersten Stockes, da wir uns während dieser Zeit parterre beim Geschäft aufhalten. Reinlichkeit, aufmerksamer Bedienung dürfen Sie sich versichert halten. Ein studierender Mediziner, der zwei Jahre bei uns wohnt, ließ sich von mir des Nachts, wenn er angeheitert nach Hause kam, häufig ausgeben oder des Morgens, wenn ich zur Überbringung meines Kaffees und Schube ins Zimmer kam, im Übermaß die Strümpfe ausziehen. Mehr kann selbst der Verdächtige nicht verlangen.

Schützen sich vor
Husten, Heiserkeit, Katarrh
durch
Wybert-Tabletten!

Vorrätig in allen Apotheken
und Drogerien. Preis der
Originalschachtel 4 Mark

Die Wochenschau

Heute neues Heft!

Aus dem Inhalt:

Schlagwetter-Explosion auf der Grube „Minister Achenbach“ bei Dortmund.
Obdachlose in der Berliner Schrippentirche.
Graf Siegfried von Roeder, der neue Staatssekretär für Elsaß-Lothringen.
Freiherr von Stein, der neue Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen.
Der kleinste Sportsmann der Welt.
Zu den jüngsten Unruhen in Portugal.
Eisenbahn zwischen Grafenwerth und Nonnenwerth.
Der letzte Bazillus. Von Apard von Berczif.
Die Walfahrt bei Regensburg. Von Ludwig Weiß. Mit 4 Abbildungen.
Der Wehrbeitrag. Skizze von Aurel von Richten.
Winter im Spreewald. 3 Abbildungen.
Goldgewinnung in Südafrika. Von Dr. Albert Neuburger. Mit 4 Abbildungen.
Wintersport im Hochgebirge.
Maskenfest auf der Arena-Eisenbahn in München: Ein Elefant auf Schlittschuhen.
Die größte Vogenbrücke aus Eisenbeton.
Maschinengewehrzug der Tiroler Kaiserjäger.
Der Spion. Roman von Arthur Zapp.
1. Fortsetzung.

für **15** pf.

erschienen in Buchhandlungen, auf Bahnhöfen und bei den Zeitungsverkäufern. Für 65 Pf. monatlich (einem Postmarken und Buchhandlungen die Posten jede Woche frei ins Haus).

Verlag der Wochenschau (W. Girardet), Essen.

Der Sohn des Großkaufmanns.

Roman von Pola Stern.

(Fortsetzung.) Kapitel 5.

Auf dem Kai, an dem die „Rehe“ anlegen sollte, stand Edy Reuburg. Sie war allein zum Hafen gefahren, allein wollte sie das Wiedersehen mit ihrem Sohne feiern.

Jetzt stand sie in unruhiger Erwartung und sah in das bunte Treiben hinaus, das sich vor ihren Augen entfaltete.

Langsam, fleischhaft war die Sonne durchdrungen, sie hatte den Nebel verdrängt, schimmernde Lichter spielten auf den Kluten der Elbe, mit einem leisen, flüsternden Tone sprangen die Wellen an der Kaiwand heran, häßig, immer wieder, immer wieder.

Sowohl das Auge reichte, sah es die langen Reihen der Tuschalben, diese riesigen Vögelgruppen im Strome, an denen die Schiffe verankert lagen, angeordnet mit schweren eisernen Ketten, die sich bebten und leise zu höhren schienen, wenn die Wellen über sie hinfuhren. Und weiter sah das Auge Schiffe in der Bewegung, dem riesigen Ozeandampfer bis hinab zur kleinen Privatbarke, die in ständiger Schweißarbeit die Bogen streifte.

Grüne Röhrendampfer sahen vorüber, die den Kleinverkehr des Hafens von Kai zu Kai, von Dierst zu Dierst bewaltigten, und die gleichzeitig den Fremden bei einer Rundfahrt durch den Hafen das bunte und großartige Getriebe flüchtig vor Augen führten.

An der Kerne erblickte man den Segelschiffhafen, Tausende von glänzenden Masten starrten zum Himmel empor und verloren sich in leichtem Nebelgewölbe.

Oberränderlände bogen aus dem breiten Hafen in die schmalen Seitenstraßen des Hafens, die Klee und Anale, ein vollbesetztes Schutten gegen langsam, schwerfällig vorüber.

Und dazwischen ein Schwirren, ein Brausen, ein Rufen in der Luft. Pfeile, die hier und dort geschoben werden und deren Laut verhallend über das Wasser steht, ein Jurren von einem zum andern und dazwischen wieder das Rauchen der Rane, das Köchen und Rufen und Verhören der Waren in die Dampfer und aus ihnen heraus an Land. Und von den Werften herüber dröhnt das schwere Hammern der Riemmaschinen.

Und zwischen diesem wilden Chaos der Töne immer wieder die beständige, durchdringende Stimme des Menschen, der dies ganze gewaltige Bild geschaffen, der es mit seinem Atem belebt, des Herrschers über die Szene, dessen Geist, dessen tätige Kraft Meer und Land verbindet und Brücken schlägt zwischen den Völkern.

Und die Frau, die das alte, ewig neue, prachtvolle und mächtige Bild in sich aufnahm, durchzitterte plötzlich wieder der Stolz, dem Hamburger Boden entsprossen zu sein, die Frau eines Hamburger Kaufmanns zu heißen.

Jetzt kam die „Rehe“ heran. Majestätisch testete sie die Luft. Edy Reuburgs Herz schlug höher, brachte sie ihr doch ihren Sohn. Es dauerte noch eine kleine Weile, bis der mächtige Schiffstisch ruhig am Anleger lag, dann wurde die

verbindende Brücke zum Lande herübergelegt, die Passagiere betrat den Boden, der für die meisten Heimatboden war.

Jetzt erkannte die Frau die hohe, elastische Gestalt des Sohnes, nun hatte auch er sie erblickt.

„Gert!“

„Mutterchen!“

Sie sanken sich in die Arme und blieben sich lange umschlungen in zitternder Wiedersehensfreude.

Sie betrachtete ihn mit stolzen, leuchtenden Blicken.

„Wie braun du geworden bist, wie sonnenverbrannt. Und auch breiter, männlicher. Kommst du mir froh heim, Gert?“

Er antwortete nicht sogleich. Als er sich aus ihren Armen befreit hatte, sah sein Auge suchend umher.

„Der Vater?“ fragte er.

„Ich soll dich von ihm grüßen, Gert, und dich ihm ins Stutor bringen, er kommt heute, am Posttag, nicht den Morgen veräumen.“

Ein Schatten flog über Gerts Gesicht. Sie sah es wohl und zog seinen Arm in den ihren.

„Nicht großen, Gert. Wir fahren jetzt direkt ins Kontor. Und nun sollst du erzählen, so viel, so vieles erzählen, was man aus Briefen ja nie so recht erfährt, schädlos halten sollst du mich jetzt für das lange Jahr, in dem ich dich entbehren mußte.“

Nun saßen sie nebeneinander im Auto, Hand in Hand. Und viel zu schnell verstrichen der Mutter die Minuten, in denen sie den Sohn allein bei sich hatte.

„Was es schon im Süden? Hast du gern dort gelebt? gearbeitet? Deine Briefe waren immer ein wenig verblüffend, Gert!“

„Ja, es war schön.“ Und ein tiefer Atemzug hob seine Brust. „Benedictson!“

„Aber du kamst doch gern zurück, Gert?“

„Ja, Mutterchen, sehr gern. Und wir werden viel zu besprechen haben in den nächsten Tagen.“

„Etwas Neues?“ fragte die Mutter mit leichtem Erschrecken.

„Und wenn es so wäre, Mutter?“

„Ja, sagte sie leise, „Neues ist selten Gutes für uns.“

„Das ist ja eben das Schlimme, daß wir Hamburger so am Alten, Gewohnten hängen, daß wir uns gegen alles Neue sträuben.“

„Gegen das Neue nicht“, sagte sie. „Der Hamburger Kaufmannsgeist hat viel Neues erfunden und erfindet immer mehr. Wie viel Neues hat Papa in sein Geschäft gebracht. Wir sträuben uns vielleicht nur gegen das Fremde. Und du, Gert, hast einen fremden Zug. Woher, weiß ich nicht. Aber lassen wir das. Erzähle mir lieber. Wie geht es Herrn Schüler?“

„Sehr gut, Mamachen. Viele Grüße soll ich von ihm bringen. Ich glaube, er wäre ganz gern mitgekommen, um sein liebes Hamburg mal wiederzusehen.“

„Und seine Tochter“, fragte sie voller Neugier. „merkt man ihr die wilde Mutter nicht sehr an?“

„Aber Mamachen!“ Er lachte. „Wild war ihre Mutter gewiß nicht, sie ist einem der vornehmsten jüdischen Geschlechter entstammend, eine Patriarchin!“

„Ja, nach den jüdischen Begriffen vielleicht. Aber doch nicht nach europäischen Ansichten, Gert. Für uns sind diese bunten Rassen doch nun mal nicht ebenbürtig.“

Gert erwiderte: „Kling es so an? Noch ehe er Antias Namen genannt?“ So sprach die sanfte Mutter, bei der er am liebsten Verstandes geblieben.

Jetzt hielt das Auto vor der Klosterburg, und sie verließen den Wagen und fuhren in den Nachtstuhl hinauf zum zweiten Stock.

Im Vorzimmer sah ein junger Mann, mit Schreibarbeiten beschäftigt, der die Besucher zu melden hatte. Als er die Frau des Chefs und Gert erblickte, sprang er auf.

„Ich werde die Herrschaften sofort melden.“

Gert runzelte die Stirn.

„Wie förmlich, Mutter. Können wir denn nicht zu Papa?“

„Ja, Gert, Papa wird statt beschäftigt sein. Und du weißt, er liebt es nicht, wenn man ohne Anmeldung zu ihm kommt.“

Der junge Mann kam zurück. „Herr Reuburg läßt bitten.“

Und nun standen Vater und Sohn sich gegenüber. Jetzt sah man erst, wie groß die Ähnlichkeit zwischen ihnen war. Dasselbe kraftvolle und elastische Gesicht, derselbe Schnitt des Gesichtes, nur daß bei Gert alles so viel weicher war, sein Mund fast frauenhaft und die Augen voll sinnendem, verträumtem Glanz.

„Willkommen in der Heimat, mein Junge! Laß dich anschauen! Breiter und stattlicher bist du geworden, geröteter! Hoffentlich auch innerlich! Nun, wir werden ja manches zu sprechen haben. Jetzt müßt ihr mich noch ein halbes Stündchen entschuldigen, Kinder, bis die Post fertig ist. Bitte, nehmt Platz.“

Sie saßen nebeneinander auf dem roten Ledersofa, und Gerts Herz beklügte wieder jenes bedrückende Gefühl, das er stets in der Nähe seines Vaters, am meisten in dessen Gesicht, empfindend, das sich wie eine Vekummina auf seine Brust legte und ihm das Atmen erschwerte.

Albert Reuburg drückte auf den Knopf der elektrischen Klingel, und als der kleine Bedienter erschien, verlangte er nach dem ersten Kaffeehelfer.

Herr Reuburg trat ein, begrüßte die Angehörigen seines Chefs mit einer tiefen Verbeugung und trat dann an den Schreibtisch heran, Albert Reuburg die Kaffeehelfer vordringend, die dieser flüchtig mit den Augen überflog, aber der Schärfe seines Blickes entging nichts.

Dann erschien Fraulein Hamann und brachte die fertige Post. Don José kam und wurde von Gert mit einem Handdruck begrüßt, die beiden Profuristen gingen ein und aus, und für jeden hatte der Chef noch in dieser letzten halben Stunde vor Postschluß tragende Arbeit, eine Änderung, eine Leistung, die mit erstaunlicher Schnelligkeit ausgeführt werden mußte. Albert Reuburg hatte sich sein Personal gut erzogen, aber es mußte auch, wofür es arbeitete und an zwei Tagen in der Woche sich besonders anstrengen. Tüchtige Leistungen, Schnelligkeit und Intelligenz hatte der Chef noch nie übersehen.

„Alles fertig, Herr Braun?“

„Alles, Herr Reuburg. Nur ist mit den letzten Sachen zur Hauptpost unterwegs.“

„Dann ist es gut.“ Ein tiefer Atemzug dehnte seine Brust. Er erhob sich und trat zu den Zeichen heran.

„Ich habe einigen Herren versprochen, heute zur Börse zu kommen, ich denke, du begleitest mich, Gert.“

Und wieder flog ein Zug tiefer Enttäuschung über Edy Reuburgs Antlitz.

„Auch das heute noch, Albert? Ich dachte, nun gingen wir drei zusammen nach Hause und hätten den Tag für uns.“

„Ich habe es versprochen“, sagte er mit leiblicher Unabwendigkeit im Ton, „aber ich will dir etwas sagen, Kind. Wir gehen jetzt zur Post, dann frühstücken wir etwas, wobei Gert gleich seine alten Freunde, wenigstens zum Teil, wiedersehen wird, ich gedenke hier noch einen Moment vor, die Posttagspost durch, und wir kommen dann nach Hause. Wir können dann etwa um halb fünf Uhr heißen. Recht so?“

„Was soll ich machen?“ sagte sie, schon wieder lächelnd. „Und — ehe ich es vergesse, Frau Herber hat vorhin herübergeschickt und uns zu heute abend zum Tee bitten lassen, ich habe angenommen.“

„Gut so“, sagte er, und sah zu Gert wendend: „Also dann wirst du heute noch deine Jugendfreunde wiedersehen. Ihr seid wohl ganz auseinandergekommen, wie?“

„Wer, Papa? Ich höre nicht ganz.“

Albert Reuburg sah den Sohn misstrauisch an. „Schon wieder geträumt, Gert? Also noch ganz der alte! Ich sprach von Maria Herber.“

„Maria? Na, wir haben sehr lange nichts mehr voneinander gehört.“

„Run aber wird es Zeit, zu geben.“

Unten wartete noch das Auto, das Edy Reuburg bestieg. Die beiden Herren wollten den kurzen Weg zur Börse zu Fuß zurücklegen.

Sie gingen den Glockengießerwall hinunter und bogen in die Ferdinandstraße ein. Je mehr sie sich dem eigentlichen Zentrum der Stadt, dem Rathausmarkt, näherten, desto lebhafter wurde es auf den Straßen. Aus allen Kontorbauern in der ganzen Gegend strömten scharenweise die Herren und jungen Leute, die zur Börse gingen, teils einzeln, die meisten aber zu zweit und dritt, in lebhaften Gesprächen. Denn auch auf diesen Wegen zur Börse wurden schon manche Geschäfte abgeschlossen.

Albert Reuburg hatte viele Grüße zu erwidern, und die meisten der Grüßen waren auch Gert bekannt. Sein Vater ging nicht sehr oft selbst zur Börse, meistens ließ er sich durch seine Profuristen vertreten, da er seine Einfäufe größtenteils an den Profuristen der Agenten abschloß oder im eigenen Kontor, wo jeden Morgen — freitags ausgenommen — die Herren erschienen, um ihre Waren vorzulegen. Vieles er sich aber manchmal an der Börse leben, so war sein Pfeiler, vor dem er stand, gewöhnlich dicht umlagert von allen, die ihn sprechen, die mit ihm Geschäfte machen wollten.

Je näher sie der Börse kamen, desto lebhafter und großstädtischer wurde das Bild. Aus den Cafés und Restaurants, die in der Nähe des Rathausmarktes lagen, kamen im leichten Moment vor Börsenschluß eilig die Herren, aus der Altstadt, aus der Hafengegend kamen sie, alles fand sich hier aufammen.

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

Kein Zoll auf KUPFERBERG RIESLING

Die Auslagen für Zoll auf französ. Schaumweine betragen ca. Mk. 4.— per Flasche. Da wir zu „Kupferberg Riesling“ ausschließlich deutsche Edelweine verwenden, ruhen auf dieser neuen Marke keinerlei Zollsbesen. Diese Ersparnis setzt uns in die Lage, einen ganz außerordentlich preiswerten, hervorragend feinen Qualitäts-Sekt in den Handel zu bringen.

Jeder Kenner wird gern bestätigen, daß „Kupferberg Riesling“ nicht nur in seinem leichten, flüchtig-eleganten Geschmack und seiner rassen Art einzig dasteht, sondern überhaupt jedem — auch dem teuersten — französischen Champagner an Güte bedeutend überlegen ist. Auf Wunsch senden wir gern unser neues Album No. 38 (Luxusausgabe) mit zahlreichen künstlerischen Abbildungen kostenlos, gegen 20 Pfennige in Marken für Porto etc.

Chr. Ad. Kupferberg & Co.
Hoflieferanten **MAINZ**. Gegründet 1850
Durch jede Weinhandlung zum Original-Kellerpreis von Mk. 72 — für 12 Flaschen zu beziehen
DEUTSCHES ERZEUGNIS

Warnende Anzeichen!

Heiserkeit, trockener Hals, zäher, fest sitzender, grauer Schleim, zuweilen pfeifende Atemgeräusche, Husten, Husten, Räuspern, Kitzeln im Kehlkopf, Atemnot — das sind Vorboten zu ernstesten chronischen Leiden, wie **Bronchialkatarrh**.

Luftröhrenkatarrh, Lungenkatarrh, Rachenkatarrh, Asthma, Emphysem u. a. Wer derartiges an sich beobachtet, sollte nicht versäumen sofort **Tancré-Katarrh-Plättchen** zu gebrauchen. Tancré-Katarrh-Plättchen enthalten in günstigsten Verhältnissen künstliche Mineralsalze, wie sie in den natürlichen Quellen von Wiesbaden, Ems und Soden von den Ärzten geschätzt und verordnet werden. Sie haben sich als ein hervorragendes diätetisches Mittel bei Katarrhen der Atmungsorgane vorzüglich bewährt. Viele glänzende Anerkennungen; so schreibt Frau Marie Binder, Dobl, Post Engersham: „Ich kann Ihnen mitteilen, daß ich zwei Schachteln Tancré-Katarrh-Plättchen bezogen habe, welche sehr guten Erfolg hatten. Ich litt zwei Monate an ständiger Heiserkeit, trockenem Hals, besonders nachts, zähem feststehenden grauen Schleim und quälenden Husten. Ich bin jetzt durch diese zwei Schachteln vollständig wieder hergestellt.“ Probe sowie aufklärende Broschüre gratis nur direkt durch

Carl A. Tancré, chem. Werkstätten, Wiesbaden 121.

Depots in Elberfeld:
Adler-Apotheke, Morianstraße 32, Diana-Apotheke, Ronsdorferstr. 27, Eichen-Apotheke, Marienstr. 18, Germania-Apotheke, Uellendahlerstr. 20, Hirsch-Apotheke, Kipdorf 18, Neue Apotheke, Brillerstraße 6, Reichsader-Apotheke, Berlinerstraße 57, Sonnen-Apotheke, Hauptstr. 101, Stern-Apotheke, Kölnstr. 72, Viktoria-Apotheke, Ernststraße 39, Adler-Drogerie, Ecke Oststraße und Kleeblatt, Drogerie zur Hauptpost, Morianstraße 22, Kaiser-Drogerie, Kaiserstr. 10, Wall-Drogerie, Wall 11/13.

Flechten

judenden Hautausschlägen usw. geplagt sind, so daß der Quaterie Sie nicht schlafen läßt, bringt Ihnen „Saluderna“ rasche Hilfe.“ Aestil, warm empfohlen. Dose 50 Pf. u. 1.997. (Hörle-Worm). In sämtl. Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich. a566

Prof. Ehrlich's Syphilitiker

geniale Erfindung! f. Syphilitiker

Ausführl. Brosch. 25 Pf. gratis u. gründl. Heilung aller Syphilitischen ohne Berührung des Blutes! Dose 50 Pf. u. 1.997. (Hörle-Worm). In sämtl. Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich. a566

Rino-Creme

verhindert und beseitigt Milse, Pickel, Finnen, Hornhaut, Wundlaufen, Gesichtsröte, macht rauhe Haut weich u. elastisch, unempfindlich gegen Kälte und grelle Sonnenstrahlen

zart u. weiss.

In der Kinderstube bewährt gegen Windsein.

Sparsam im Gebrauche: Dose 25 Pf., Tube 60 Pf.

Nur echt mit Firma: Rch. Schubert & Co. G.m.b.H. Weinböhla

Depots: Wall-Drogerie, Wall 11/13, Kronen-Drogerie, Friedrichstr. 27, Drogerie zur Hauptpost, Morianstr. 22, Drogerie z. Löwen, Bachstr. 40/42, Drogerie z. Elefanten, Marienstr. 30, Johs. Jacobi, Kölnstr. 13a, Schwanen-Drogerie, Hochstr. 103, Drogerie z. Steinbeck, Steinbeckstr. 52, Reichsader-Apoth., Berlinerstr. 57, Kronen-Apotheke, Hochstein- und Ludwigstr.-Ecke.

Weißes Papier

billig abgegeben.

Elberfeld, Kaiserstraße 50.

Wohnungs-Einrichtungen und Einzeilmöbel

liefert ein erstklassig Spezial-Möbel-Geschäft (kein Abzahlungsgeschäft) an Beamte und Leute in sicherer Stellung auf bequeme Teilzahlung unter strengster Diskretion. Kulante u. reelle Bedienung. Offerten unter E 1451 an die Geschäftsstelle d. Bl. 1400

Geisbüsch'scher
empf. Rob. Geisbüsch, E., Burgstr. 7

Kratze

entfegliches Hautjucken, besonders bei Kindern, wenn man in Wärme ins Bett kommt, sich alle Wund kratzt, befreit in 2 Tagen ohne Berührung

Salus Elberfeld, Kaiserstraße 20, a548

Bestellungs- u. -12 Pf., 2 Pf. 12 Pf. Sonntags 9-12 1/2 Uhr. a548

